



Tagungsbericht

Emanzipation und Kinderbetreuung

Demografiepolitische Ansätze für MV



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern

Tagungsbericht

Emanzipation und Kinderbetreuung
Demografepolitische Ansätze für Mecklenburg-Vorpommern
Rostock, 28. Mai 2005

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 8 (Haus der Kultur)
19053 Schwerin
Tel.: 0385/512596
Fax: 0385/512595
<http://www.fes.de/schwerin>

Schwerin 2006

Inhalt

Vorwort	4
Dr. Till Backhaus Kinder- und familienpolitisches Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern	5
Steffen Kröhnert, Reiner Klingholz Emanzipation statt Kindergeld	12
Sebastian Sass Neuvola als Modell des aktivierenden Sozialstaates in Finnland	28
Mathias Brodkorb Ein sozialpolitisches Leitbild für das 21. Jahrhundert	38
Jutta Struck Erziehungsgeld – ein Schritt auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit und Gleichberechtigung	55

Vorwort

Dr. Till Backhaus

Kinder- und familienpolitisches Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Ihnen die kinder- und familienpolitischen Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern vorstellen zu können. Mir geht es an dieser Stelle dabei nicht um Einzelfragen, sondern vor allem um eine langfristige Perspektive, um ein Leitbild, das unser Handeln in den nächsten Jahren bestimmen könnte. In den Kindern liegt die Zukunft unseres Landes. Deshalb müssen wir auch weiterhin in diese Zukunft investieren. So hat Mecklenburg-Vorpommern z.B. allein im Jahr 2002 einwohnerbereinigt 220 Mio. € mehr Geld für Schulen und Kindergärten ausgegeben als sein Nachbarland Schleswig-Holstein. Das ist ein Kernpunkt einer politischen Zukunftsstrategie für Mecklenburg-Vorpommern mit dem Blick auf das Jahr 2020.

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern hat die Kinder- und Familienpolitik zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit erklärt. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland in Deutschland wird. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, bei dem es nicht nur um Geld geht und die gesamte Gesellschaft gefragt ist.

Mecklenburg-Vorpommern steht vor großen Herausforderungen: Das Land verliert nicht nur finanzielle Mittel durch das Auslaufen der Ost-Förderung, sondern auch durch den demografischen Wandel. In allen ostdeutschen Ländern kam es nach der Wende zu einem dramatischen Einbruch der Geburten. Innerhalb weniger Jahre hat sich die Zahl der Neugeborenen mehr als halbiert. So etwas hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch kein modernes Land erlebt! Da die Mädchen, die nach 1990 nicht geboren wurden, natürlich später auch keine Kinder bekommen können, droht nach 2010 sogar eine Wiederholung des Geburtenknicks. So hat der erste Geburtenknick den zweiten bereits vorgeplant. Bis 2020 bedeutet der Rückgang der Einwohnerzahlen einen finanziellen Verlust in Höhe von 5 bis 6 Mrd. €. Das sind Fakten, die unabhängig von politischer Couleur zur Kenntnis genommen werden müssen.



*Dr. Till Backhaus, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei
des Landes Mecklenburg-Vorpommern*

Problemanalyse

So schwierig aber die Lage des Landes ist, so wenig darf man sie einfach hinnehmen. Die Menschen brauchen Perspektiven – Junge und Alte gemeinsam. Grundlage für unser kinder- und familienpolitisches Leitbild sind die aktuellen Analysen zur Situation von Kindern und Familien in Deutschland. Wir haben es demnach mit drei Hauptproblemen zu tun:

1 *Schlechtere Lebenschancen sozial benachteiligter Kinder:* Die Familie verliert unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse teilweise die Fähigkeit, ausreichend für die Kinder zu sorgen. Vor allem Kinder aus sozial schwachen Schichten haben eingeschränkte Lebenschancen. Die wissenschaftlichen Autoren des elften Kinder- und Jugendberichtes kommen daher zu dem Ergebnis: »Die Bedingungen des Aufwachsens in dieser Gesellschaft verlangen ein verändertes Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung.« Dem kann ich mich nur anschließen. Wir wollen deshalb eine Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Staat begründen. Beide sollen zum Wohle des Kindes zusammen arbeiten.

2 • *Hohes Armutsrisiko des Alleinerziehens:* Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat erneut deutlich gemacht, dass insbesondere Alleinerziehende und damit auch ihre Kinder überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Während die Armutsrisikoquote 2003 im Durchschnitt 13,5% betrug, lag sie bei den Alleinerziehenden bei 35,4%. Da mit der sozialen Lage aber auch die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen positiv oder negativ beeinflusst werden, muss uns allen diese Situation große Sorgen machen – gerade in Ostdeutschland.

3 • *Mängel in der Gesundheitspflege:* Auch die Gesundheitsfürsorge für Kinder in Mecklenburg-Vorpommern ist verbesserungsfähig. Hierbei kann insbesondere festgestellt werden, dass mit zunehmendem Alter die regelmäßige Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen rückläufig ist. Ich selbst weiß aus meiner Erfahrung als Ernährungsminister, dass teilweise 30% der Grundschul Kinder kein warmes Mittagessen mehr bekommen. Das ist ungesund, ungerecht und beeinträchtigt die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler. Weil wir Mecklenburg-Vorpommern zum »Gesundheitsland Nummer I« entwickeln wollen, müssen wir daher bereits bei den Kleinsten damit beginnen.

Grundlagen eines kinder- und familienpolitischen Leitbildes

Auf der Grundlage dieser drei Hauptprobleme möchte ich nun ein kinder- und familienpolitisches Leitbild entwerfen, das aus fünf Punkten besteht:

1 • *Investiver Sozialstaat:* Wenn Wirtschaftswachstum nicht mehr alle Probleme löst, müssen wir unseren Sozialstaat umbauen – von einem Sozialstaat der bloßen Geldleistungen hin zu einem Sozialstaat der sozialen Investition. Es reicht nicht aus, jenen, die auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben, regelmäßig etwas Geld zu überweisen. Die gesellschaftliche Ausgrenzung wird damit nicht beendet. Was wir brauchen, ist ein Sozialstaat, der in die Zukunft der Menschen investiert, einen Sozialstaat, der die Menschen befähigt, ihr Leben zu meistern.

Im Zentrum moderner Sozialpolitik muss daher zukünftig die Bildungspolitik stehen. Nichts entscheidet so sehr über die Zukunftschancen eines Menschen wie seine Ausbildung. In der Wissensgesellschaft ist eine gute Bildungspolitik daher zugleich eine langfristig angelegte und die beste Sozialpolitik.

2. *Sozialstaat für alle:* In den letzten Jahrzehnten hat sich in Deutschland eine Auffassung durchgesetzt, wonach der Sozialstaat etwas für »arme Leute« ist. Die Menschen erwarten aber, dass sie auch Rechte haben, wenn sie ihre Pflichten erfüllen; dass sie also auch vom Sozialstaat profitieren, wenn sie in seine Kassen einzahlen. Ich finde diesen Zusammenhang richtig: Wer etwas für die Gesellschaft leistet, muss auch wieder etwas zurück erhalten.

Wer daher die Leistungen des Sozialstaats nur auf angeblich »Bedürftige« begrenzen will, untergräbt dessen Mehrheitsfähigkeit. Viele Menschen werden auf Dauer nicht bereit sein, einen Sozialstaat zu unterstützen, von dem immer nur »die anderen« profitieren, während sie selbst die Kosten zu tragen haben.

Der Sozialstaat muss also – nach skandinavischem Vorbild – für alle Bürgerinnen und Bürger da sein. Soziale Gerechtigkeit ergibt sich nicht dadurch, dass einige Leistungen des Staates erhalten und andere nicht, sondern dadurch, dass alle in grundlegenden Fragen vergleichbare Leistungen erhalten, aber je nach Einkommen in unterschiedlicher Höhe zu deren Finanzierung beitragen. Starke Schultern können und müssen mehr tragen als schwache.

3. *Moderne Familienverständnis:* Moderne Familien sind nicht mehr dasselbe wie traditionelle Ehen. Die Welt ist vielfältig geworden und wir müssen dem auch in der Politik Rechnung tragen. In der Kinder- und Familienpolitik heißt dies, dass wir verstärkt jene Menschen unterstützen müssen, die Kinder erziehen. Dies können Ehen sein zwischen Mann und Frau, Lebensgemeinschaften oder Alleinerziehende. Es zählt primär, dass es den Kindern gut geht. Alles andere ist zweitrangig.

4. *Gleichstellung der Geschlechter:* Lange Zeit wurde behauptet, dass der Wunsch der Frauen nach Gleichberechtigung einen negativen Einfluss auf die Geburtensituation hat. Angeblich schränkt der Wunsch der Frauen nach Erwerbsarbeit und eigenständiger sozialer Sicherung die Geburtenzahlen ein. Internationale Erfahrungen zeigen uns jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Vielmehr weisen in Europa im Durchschnitt jene Länder die höchsten Geburtenraten auf, in denen die Gleichstellung der Geschlechter am weitesten fortgeschritten ist.

Auch in diesem Punkt sind die skandinavischen Länder vorbildlich. Moderne Kinder- und Familienpolitik setzt daher darauf, dass Männer wie Frauen ihren Kinderwunsch erfüllen können und dennoch beide erwerbstätig sind. Damit dies möglich ist, müssen zwei Dinge zusammenkommen: Arbeitsplätze

und Kinderbetreuungseinrichtungen. Hierzu gehört für mich auch, dass die Väter zukünftig, wie in anderen Ländern üblich, an der Erziehungszeit ihrer Kinder beteiligt sind.

5 *Lebenschancenpolitik:* Wenn man von einem Sozialstaat für alle ausgeht, rückt der Begriff der gleichen und gerechten Lebenschancen in den Mittelpunkt. Es ist die Aufgabe des Staates, nach Möglichkeit für gleiche und gerechte Lebenschancen zu sorgen. Diese Lebenschancenpolitik beginnt, wie könnte es anders sein, in der Kinder- und Familienpolitik.

Landesprogramm »Zukunft für Kinder«

Wir wollen daher ein Landesprogramm »Zukunft für Kinder« erarbeiten, in dem vorhandene Initiativen der Kinder- und Familienpolitik gebündelt und um weitere Maßnahmen ergänzt werden. Dieses Landesprogramm muss in den kommenden Monaten entwickelt und zwischen 2007-2010 umgesetzt werden. Es kann dazu beitragen, die Entwicklung der Geburten nach 2010 positiv zu beeinflussen. Vor allem geht es uns aber darum, allen Kindern, die geboren werden, gerechte Lebenschancen zu bieten. Wir sind ein kleines Land und können einfach auf niemanden verzichten.

Das Landesprogramm sollte dem Grundgedanken der Erziehungspartnerschaft folgen und muss die zuvor beschriebenen Probleme lindern helfen:

1 *Unterstützung für Familien bei der Erziehung:* Gerade weil man an unseren Schulen bisher kaum etwas über Kindererziehung lernt, müssen entsprechende Angebote der Familienbildung verbessert werden. Dabei wird es nötig sein, auch in diesem Bereich stärker dem Grundsatz des Förderns und Forderns Rechnung zu tragen. Leistungen im Bereich der Kinder- und Familienpolitik sollen in Zukunft stärker auch das Engagement der Eltern zum Wohle ihrer Kinder berücksichtigen. Mecklenburg-Vorpommern soll nicht nur ein Bildungsland, sondern auch ein Kinderland sein. Am besten ist es allerdings, wenn beide Ziele zugleich erreicht werden.

Schon heute hat sich die Hochschule Wismar in vorbildlicher Weise auf den Weg gemacht, um sich für Kinder und Familien zu öffnen. Vorlesungen für Kinder gehören ebenso zum Programm wie das Schaffen familienfreundlicher Studienbedingungen. Andere Hochschulen wie die Universität Rostock folgen diesem Beispiel. Wir wollen diese ersten positiven Ansätze durch Maßnahmen für studierende Mütter und Väter gezielt unterstützen.

2. *Verbesserung der finanziellen Situation von Familien:* Ich halte es für sozial ungerecht und bildungspolitisch unlogisch, dass Eltern Kita-Gebühren bezahlen müssen, während gleichzeitig das viel teurere Studium an der Hochschule kostenlos ist. Das kann man einfach niemandem sinnvoll erklären. Es ist daher mein Ziel, dass wir mittel- bis langfristig zu einer Abschaffung oder zumindest deutlichen Reduzierung der Elternbeiträge für Krippe und Kita kommen. Ein solcher Prozess ist aber nur schrittweise möglich. Hierbei habe ich vor allem Alleinerziehende sowie Familien mit mehr als einem Kind im Blick. Angesichts der Durchschnittslöhne in unserem Land sind im Einzelfall die Elternbeiträge große Belastungen, die sich negativ auf den Kinderwunsch auswirken können. Wir müssen daher Möglichkeiten finden, die Elternbeiträge beginnend bei Alleinerziehenden sowie Familien mit mehreren Kindern abzusenken, ohne freilich die gute Kinderbetreuungsinfrastruktur aufzugeben.

Erst vor wenigen Monaten zeigte eine Studie der OECD, dass Ostdeutschland in Sachen Krippe, Kita und Hort in der Weltliga spielt. Und was glauben Sie, wer hier wiederum in Deutschland mit der Bereitstellung an Ganztagsplätzen in der Kinderbetreuung im Jahr 2002 auf Platz I lag? Richtig, Mecklenburg-Vorpommern. Diesen Vorteil gilt es zu erhalten und weiter auszubauen – auch und gerade in finanziell schwierigen Zeiten.

3. *Die Gesundheit der Kinder verbessern:* Wir müssen umsteuern: weg von reinen Geldleistungen hin zu Angeboten der öffentlichen Hand. Lassen Sie uns z.B. auf weitere Erhöhungen des Kindergeldes verzichten und statt dessen für kostenloses Mittagessen an unseren Grundschulen sorgen. Dies verbessert nicht nur die Gesundheit der Kinder, sondern sichert vor allem ab, dass das Geld auch wirklich bei denen ankommt, für die es gedacht ist. Oder wie wäre es z.B. mit der Umwandlung des Sportunterrichts in das Fach »Sport und Gesundheitslehre«. Wäre es nicht sinnvoll, wenn unsere Kinder und Jugendlichen von Klein auf lernen, wie man gesund lebt? Auch könnten Fragen der Kindererziehung in diesem Unterrichtsfach eine Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, die von mir vorgetragene Vorschläge sind nicht in Kürze umzusetzen und kosten vor allem Geld. Eines ist klar: Mecklenburg-Vorpommern kann dies nicht alleine finanzieren. Deshalb schlagen wir vor, eine Reform des Ehegattensplittings zu prüfen. Weil viele Kinder nicht mehr in der traditionellen Ehe aufwachsen, hat sich das Ehegattensplitting als Familienfördermaßnahme überlebt.

Ich stelle mir daher vor, künftig den Splittingvorteil auf den doppelten Wert des Grundfreibetrages zu begrenzen. Nach Untersuchungen des »Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« hätte dies Mehreinnahmen in Höhe von 7,5 Mrd. € zur Folge. Mecklenburg-Vorpommern würde hiervon etwa im Umfang von 150 Mio. € profitieren. Dieses Geld sollte dann gezielt für Maßnahmen der Kinder- und Familienpolitik zur Verfügung gestellt werden.

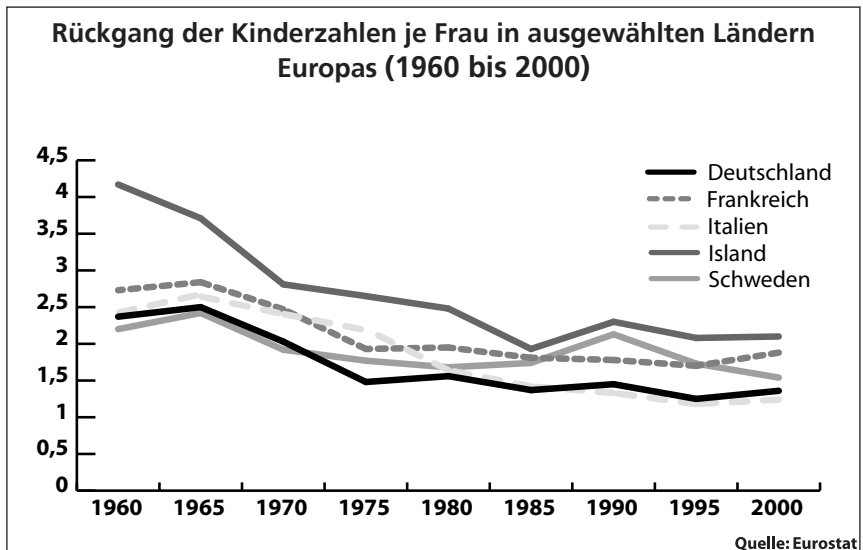
Meine Damen und Herren, Sie sehen, diese Ziele sind nicht von heute auf morgen zu erreichen. Aber die Politik hat sich nach meiner Meinung schon zu sehr darauf eingelassen, nur noch an das Morgen und nicht mehr an das Übermorgen zu denken. Wer unsere Gesellschaft voran bringen will, muss eine langfristige Perspektive haben. Unsere Kinder und Jugendlichen sind es wert, dass wir uns heute auf den Weg machen.

Emanzipation statt Kindergeld

Wie erklären sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas?

Sinkende Geburtenziffern überall

In allen Ländern Westeuropas¹ liegen die Geburtenziffern unter 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, der nötig wäre, um eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu garantieren. Dennoch unterscheiden sich die Kinderzahlen deutlich. Obwohl es sich um eine Region mit vergleichbaren ökonomischen Rahmenbedingungen und Entwicklungsstand handelt, reichen die Kinderzahlen je Frau von 1,25 in Spanien und Italien bis zu 1,9 in Island und Frankreich – ein Unterschied von 50%, der sich nicht einfach erklären lässt. Während sich die



¹ Für diese Untersuchung wurden die Länder Süd-, Nord- und Westeuropas miteinander verglichen. Osteuropa lässt sich aufgrund der historisch und wirtschaftlich unterschiedlichen Entwicklung nicht in diesen Vergleich einbeziehen. Im Folgenden sind mit „Westeuropa“ grundsätzlich nur die Länder Süd-, Nord- und Westeuropas gemeint.



Autgggggor

Kinderzahl in Italien seit Beginn der 1970er Jahre von 2,4 auf 1,2 halbiert hat, haben die Schweden lediglich einen Rückgang von 1,9 auf 1,6 erlebt.

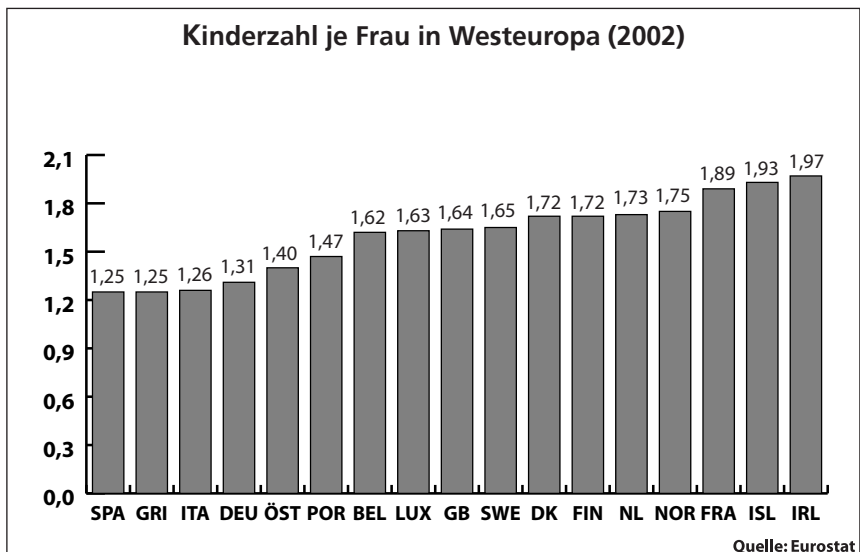
Heute weiß man ziemlich genau, welche Umstände zu den sinkenden Kinderzahlen in modernen Industriestaaten führen. Ökonomische Erklärungsmodelle machen vor allem folgende Entwicklungen für den ausbleibenden Nachwuchs verantwortlich:

- *Den Wegfall des familiären Wirtschaftens in Bauern- und Handwerkerhaushalten.* Damit entfällt der Nutzen von Kindern als billige Arbeitskraft.
- *Den Aufbau staatlich organisierter Alterssicherungssysteme anstelle der Versorgung älterer Menschen durch ihre Kinder.* Eigene, beitragspflichtige Erwerbstätigkeit wird dadurch für die Rente wichtiger als Kindererziehung.
- *Die gestiegenen Kosten von Kindern durch längere und bessere Ausbildung.*
- *Die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen.* Damit verbunden ist der Verlust von Einkommen für den Fall, dass Frauen ihren Beruf aufgeben, um die Kinder zu betreuen.

Doch auch die Veränderung von Normen und Werten der Gesellschaft trägt ihren Teil zu geringeren Kinderzahlen bei:

- Der höhere Bildungsstand von Frauen verändert deren gesellschaftlichen Status. Dies ermöglicht andere Lebensentwürfe als nur jenen, die Mutterrolle zu übernehmen.
- Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft bietet immer mehr biografische Optionen an. Eine frühe Entscheidung für ein Kind schränkt insbesondere für Frauen die Freiheit ein, eine qualifizierte Ausbildung abzuschließen, berufstätig zu sein und Beruf oder Wohnort zu wechseln.
- Das Modell der lebenslangen Ehe löst sich auf, Partnerschaften werden unsicherer. Dies erschwert die Entscheidung für Kinder und verschiebt die Nachwuchsplanung in immer höhere Lebensalter – manchmal, bis es zu spät ist.

Den stetigen Rückgang der Kinderzahlen in modernen Industriegesellschaften bezeichnen manche Bevölkerungswissenschaftler als »ökonomisch-demografisches Paradoxon«. Je mehr Kinder sich Menschen in den immer wohlhabenderen Gesellschaften theoretisch leisten könnten, je mehr individuelle Freiheiten sich ihnen eröffnen, um so weniger Nachwuchs setzen sie in die Welt. Nach dieser



Theorie müssten liberale, marktwirtschaftlich und kapitalistisch orientierte Gesellschaften langfristig aussterben.

Das »ökonomisch-demografische Paradoxon« ist auf den ersten Blick plausibel. Steigender Wohlstand und wirtschaftlicher Aufstieg führen überall auf der Welt zu einem Absinken der Geburtenraten. Doch die Ursache für die deutlichen Unterschiede zwischen den Nationen Westeuropas lässt sich so nicht erklären.

Dieses Diskussionspapier des »Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung« untersucht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die unterschiedlichen Kinderzahlen in westeuropäischen Nationen anhand einer Reihe sozioökonomischer Indikatoren. Dieser Vergleich macht deutlich, dass ab einem bestimmten Niveau des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Fortschritt einerseits und sinkenden Kinderzahlen andererseits nicht mehr gilt. Vielmehr verzeichnen jene Länder die höchsten Geburtenziffern, in denen der gesellschaftliche Entwicklungsstand am weitesten fortgeschritten ist.

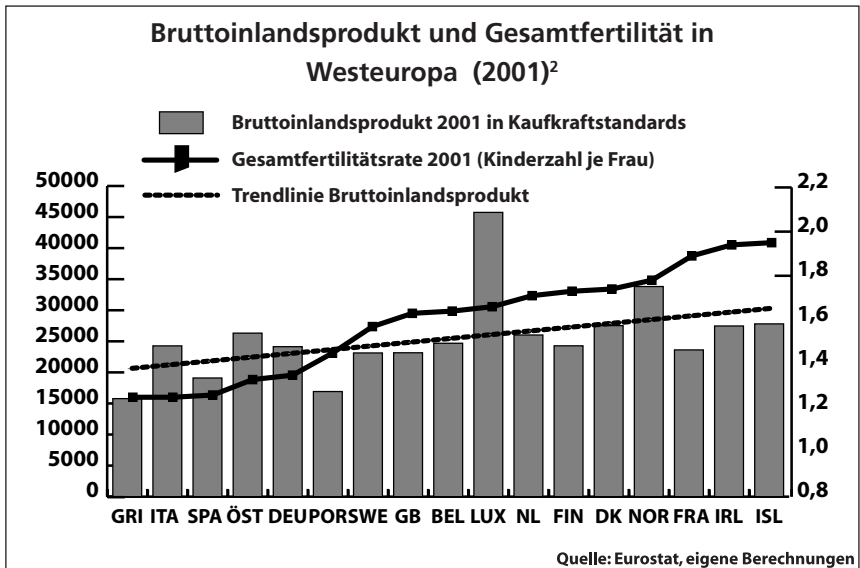
In allen westeuropäischen Ländern verzichten Frauen heute eher auf Kinder als auf Selbstständigkeit und berufliche Entwicklung. Sie entscheiden sich deshalb eher dort für Kinder, wo sie die beste Möglichkeit haben, beides miteinander zu vereinbaren. In Westeuropa werden da am meisten Kinder geboren, wo Gesellschaften die Gleichstellung der Geschlechter am besten gewährleisten. Je moderner eine Gesellschaft und je größer die Emanzipation der Frauen, um so höher sind die Kinderzahlen.

Auf Basis dieser Ergebnisse schlagen wir vor, das Problem nachwuchsarmer Länder unter einem neuen Aspekt zu diskutieren. Denn um Menschen in modernen Industriegesellschaften zu höheren Kinderzahlen zu motivieren, scheint weniger die Höhe von Geburtenprämien, Kindergeld und sonstigen Transferleistungen entscheidend zu sein. Ausschlaggebend ist eher die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft.

Führt mehr Wohlstand in den westeuropäischen Nationen zu weniger Kindern?

Je höher der Wohlstand – desto mehr Kinder

Das Wohlstandsniveau der einzelnen Länder (gemessen im kaufkraftkorrigierten Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner) korreliert positiv mit den

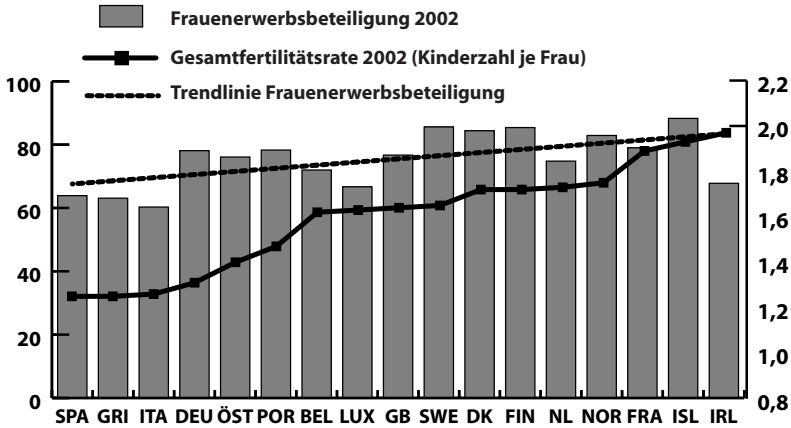


Kinderzahlen. Die reicheren Länder Westeuropas wie Island (1,93 Kinder je Frau) oder Norwegen (1,75) haben höhere Kinderzahlen als ärmere wie Griechenland (1,25) oder Portugal (1,47). In Europa gibt es somit seit Jahren kein »ökonomisch-demografisches Paradoxon« mehr.

Auch traditionelle Gesellschaftsstrukturen in katholisch geprägten Ländern tragen keineswegs zu höheren Geburtenraten bei. Die Länder Portugal, Spanien und Griechenland, die sich vergleichsweise spät modernisiert haben, verzeichnen deutlich niedrigere Kinderzahlen als solche, die sich sozial und wirtschaftlich früher und weiter entwickelt haben, wie Norwegen oder Schweden. Das einzige Land Europas, das sich relativ spät wirtschaftlich und gesellschaftlich modernisiert hat und dennoch hohe Kinderzahlen aufweist, ist Irland. Dort liegen die Kinderzahlen je Frau bei 1,9. Allerdings gehört Irland in Sachen Wirtschaftskraft längst zur europäischen Oberklasse und liegt beispielsweise im Pro-Kopf-Inlandsprodukt deutlich vor Deutschland.

²Korrelationskoeffizient BIP/Gesamtfertilität=0,43

Erwerbsbeteiligung von Frauen und Gesamtfertilität in Westeuropa (2002)³



Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen

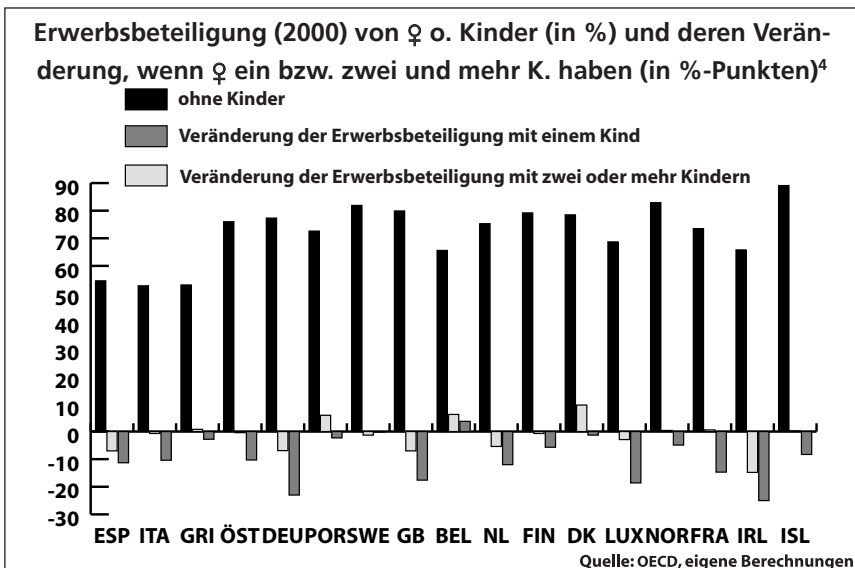
Führt Berufstätigkeit von Frauen zu weniger Kindern?

Berufstätige Frauen und Kinder sind kein Widerspruch

Je höher die Erwerbsbeteiligung von Frauen, um so mehr Kinder gibt es in der jeweiligen Nation. Während Länder, in denen nur knapp über 50% der 15- bis 54-jährigen Frauen erwerbstätig sind, wie Spanien, Italien oder Griechenland, auch die geringsten Geburtenraten verzeichnen, steigt die Fertilität tendenziell mit der Erwerbsbeteiligung an. Eine der höchsten Geburtenraten in Europa hat Island (1,93 Kinder je Frau), wo fast 90% der Frauen erwerbstätig sind. Aber es gibt auch Abweichungen von diesem Trend. So verzeichnen Deutschland und Österreich eine geringe Kinderzahl im Vergleich zur durchschnittlichen Erwerbsbeteiligung von Frauen. In Deutschland gründet diese niedrige Ziffer unter anderem auf einer hohen Zahl kinderloser Frauen – mit geschätzten 30% der wahrscheinlich höchste Wert weltweit. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Kinder die berufliche Entwicklung deutscher Frauen besonders stark einschränken.

Wie unterschiedlich gut es in Westeuropa möglich ist, Kinder und Beruf zu vereinbaren, wird an der Veränderung der Erwerbstätigkeit von Frauen sichtbar, wenn sie Kinder haben.

³Korrelationskoeffizient Erwerbsbeteiligung von Frauen/Gesamtfertilität=0,55



Während kinderlose Frauen in Deutschland zu 77% erwerbstätig sind, reduziert sich dieser Wert bei Frauen mit einem Kind auf 70%. Frauen, die zwei oder mehr Kinder haben, sind nur noch zu 56% erwerbstätig. In keinem anderen westeuropäischen Land, mit Ausnahme von Irland, ziehen sich Frauen mit zwei und mehr Kindern derart häufig aus dem Erwerbsleben zurück.

In den relativ kinderreichen Ländern Schweden, Norwegen und Frankreich sind Frauen mit einem Kind praktisch gleich häufig erwerbstätig wie kinderlose. Selbst in Portugal, Finnland oder Dänemark geht die Erwerbsbeteiligung nur um ein bis sechs Prozentpunkte zurück. Frauen mit zwei und mehr Kindern sind in Frankreich zu 59, in Island zu 81% und in Schweden zu 82% erwerbstätig.

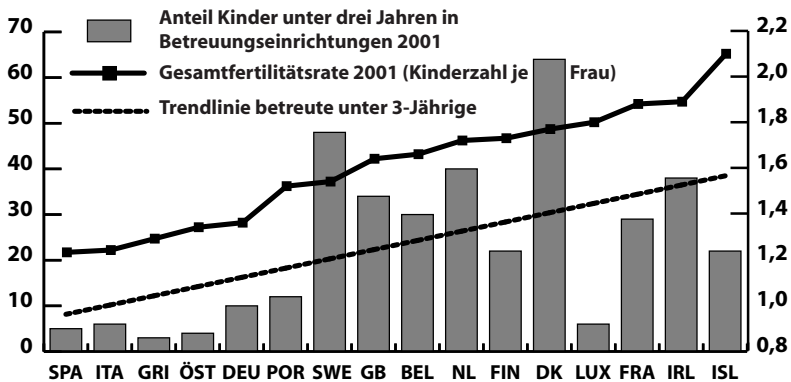
Führen Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter zu höheren Geburtenraten?

Kindergärten allein lösen das Problem des Nachwuchsmangels nicht

In Deutschland gibt es seit 1998 ein Gesetz, das für Kinder ab drei Jahren eine vierstündige Betreuung pro Tag gewährleisten soll. Dieses Angebot hat bis

⁴Die Anordnung der Länder erfolgt mit von links nach rechts steigender Gesamtfertilität.

Anteil von unter Dreijährigen, die in Kindertagesstätten betreut werden und Gesamtfertilität (2000)⁵

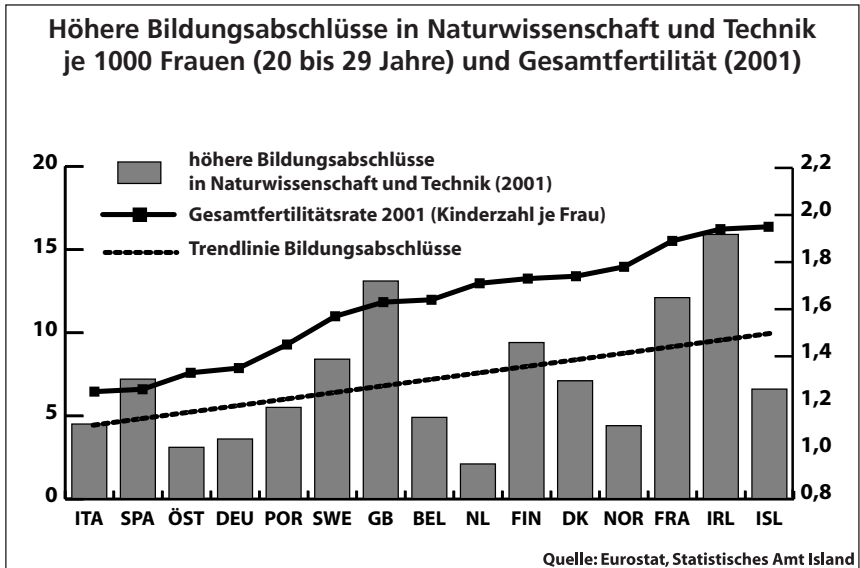


Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen

dato keinen Einfluss auf die Geburtenraten gehabt. Auch im westeuropäischen Vergleich findet sich nur ein sehr schwacher Zusammenhang zwischen dem Anteil der betreuten Kinder zwischen drei und sechs Jahren und der Kinderzahl je Frau. Der Grund dafür: Bis ein Kind drei Jahre alt ist, muss die Mutter ihre Berufstätigkeit stark einschränken oder gar aufgeben. Besonders für Frauen mit hohen Qualifikationen kommt dies einem beruflichen Abstieg gleich. Nur wenn Kleinkinder bereits unter drei Jahren betreut werden können, ermöglicht dies den Frauen, schnell in den Beruf zurückzukehren und die Abwertung ihrer Qualifikationen zu vermeiden.

Es gibt denn auch einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Anteil unter dreijähriger Kinder, die Betreuungseinrichtungen besuchen, und der Zahl der Kinder je Frau. In vergleichsweise kinderreichen Ländern wie Frankreich besuchen 30, in den Niederlanden 40 und in Schweden sogar 48% aller Kinder unter drei Jahren eine Kindertagesstätte. In Deutschland liegt diese Quote wie in den anderen kinderarmen Ländern Italien, Spanien oder Österreich bei 10% und darunter.

⁵ Korrelationskoeffizient Anteil betreuter unter Dreijähriger/ Gesamtfertilität=0,54



Sorgt eine traditionelle Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen für mehr Nachwuchs?

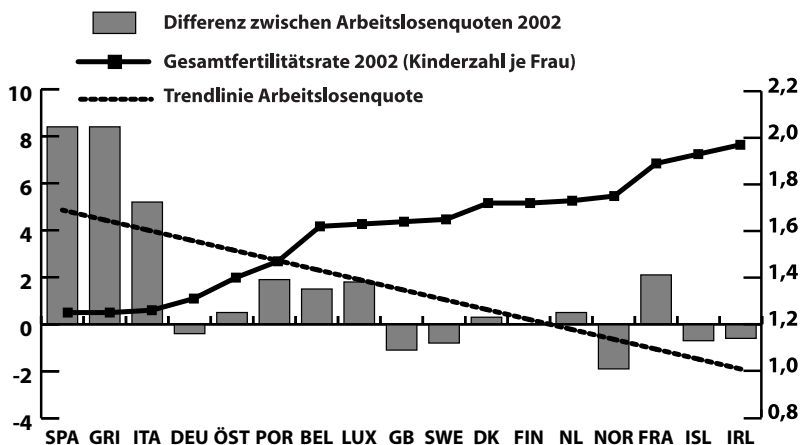
Wo Frauen und Männer gleichberechtigt sind, gibt es mehr Kinder

Die Theorie des »ökonomisch-demografischen Paradoxons« lässt vermuten, dass die Kinderzahlen sinken, wenn Frauen in ehemals von Männern dominierte, gut bezahlte Berufsbereiche vordringen. Die Realität belegt das Gegenteil: Eine Gleichberechtigung der Geschlechter im Berufsleben macht moderne Gesellschaften kinderfreundlicher. Je höher der Anteil 20- bis 29-jähriger Frauen mit einem Hochschulabschluss im naturwissenschaftlich-technischen Bereich – einer früheren Männerdomäne –, um so höher ist tendenziell die Kinderzahl je Frau. Im kinderarmen Deutschland verfügen nur 3,6 von 1.000 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren über einen solchen Abschluss. In Schweden liegt der Anteil bei 7,6, in Frankreich bei 12,1 je 1.000 Frauen.

Die Differenz vieler sozioökonomischer Indikatoren für Männer und Frauen in einer Gesellschaft sagt etwas darüber aus, wie gleichberechtigt beide Geschlechter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Überall dort, wo die Lücke besonders groß ist, werden wenig Kinder geboren.

So liegt die Erwerbsbeteiligung von 25- bis 54-jährigen Frauen in den besonders kinderarmen Ländern Spanien und Griechenland 35 Prozentpunkte niedriger als die der gleichaltrigen Männer. In Schweden beträgt diese

Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen (in Prozentpunkten) und Gesamtfertilität (2002)⁶



Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen

»Geschlechter-Lücke« nur vier Prozentpunkte. Deutschland liegt mit einer Differenz von 16 Prozentpunkten im Mittelfeld.

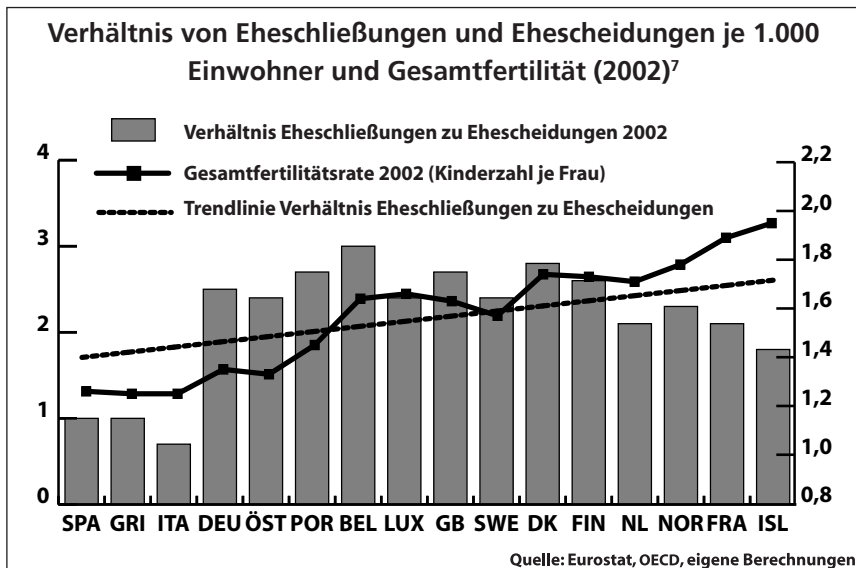
Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit. In Spanien und Griechenland sind Frauen doppelt so häufig erwerbslos wie ihre männlichen Kollegen. In Deutschland, Schweden und Dänemark sind dagegen beide Geschlechter etwa gleich häufig ohne Job. Die Differenz zwischen Männer- und Frauenarbeitslosigkeit und zwischen Männer- und Frauenerwerbsquote sind ein Indikator für die Gleichbehandlung der Geschlechter. Und beide sind eindeutig negativ mit der Kinderzahl korreliert. Mit anderen Worten: Je schwieriger die Situation der Frauen, um so weniger Nachwuchs kommt zur Welt.

Führen »stabile Familienstrukturen« zu mehr Kindern?

Familie braucht keine Ehe

Rückläufige Kinderzahlen werden häufig mit einem »Werteverfall« in der modernen Gesellschaft in Verbindung gebracht. Dort, wo sich Institutionen wie Ehe und Familie auflösen, Frauen Männerrollen übernehmen und

⁶ Korrelationskoeffizient Differenz der Arbeitslosenquoten/ Gesamtfertilität = -0,67



eigene berufliche Wege gehen, bleiben – so die Theorie – die Kinder auf der Strecke.

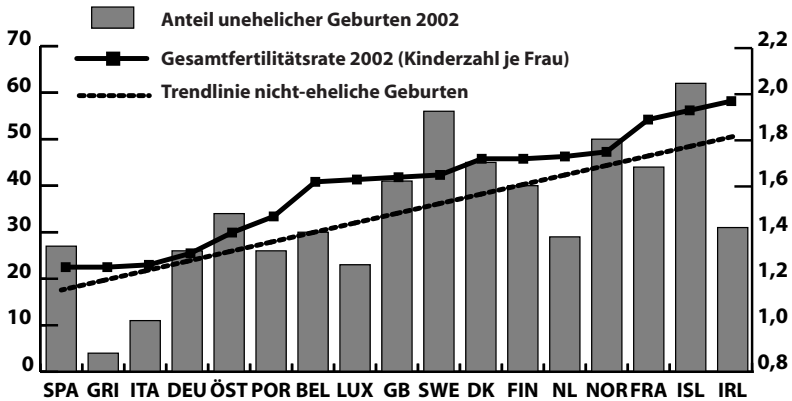
Zweifellos ist die Verbindlichkeit der Institution Ehe in den letzten Jahrzehnten gesunken, sind die Beziehungen zwischen Männern und Frauen unsicherer geworden. Immer mehr Menschen bleiben unverheiratet und auch jene, die eine Ehe eingehen, haben keine Garantie auf eine lebenslange Partnerschaft. Die Häufigkeit von Ehescheidungen hat in den letzten Jahrzehnten europaweit zugenommen. Doch haben Gesellschaften mit stabileren Ehen in Westeuropa auch höhere Kinderzahlen?

Es ist eher umgekehrt. Klammert man Irland, wo bis 1996 Ehescheidungen noch verboten waren, einmal aus, sind die Kinderzahlen tendenziell dort höher, wo Ehen häufiger geschieden werden. Nimmt man das Verhältnis von Hochzeiten und Scheidungen eines Jahres als Maß für die Stabilität von Ehen in einem Land, so findet sich eine schwache Korrelation zwischen der Scheidungshäufigkeit und der Kinderzahl je Frau. Während in den relativ kinderreichen westeuropäischen Ländern Schweden und Finnland im Jahr 2002 mehr als halb so viele Ehen geschieden wie neue geschlossen wurden, waren es im kinderarmen Italien nur ein Siebtel.

⁷ Korrelationskoeffizient Ehescheidungshäufigkeit/ Gesamtfertilität=0,37

Irland wurde nicht mitberücksichtigt – dort waren Ehescheidungen bis 1996 rechtlich nicht zulässig, in der Folge hat das Land bis heute sehr geringe Scheidungsraten

Anteil nicht-ehelicher Geburten und Gesamtfertilität in Westeuropa (2002)⁸

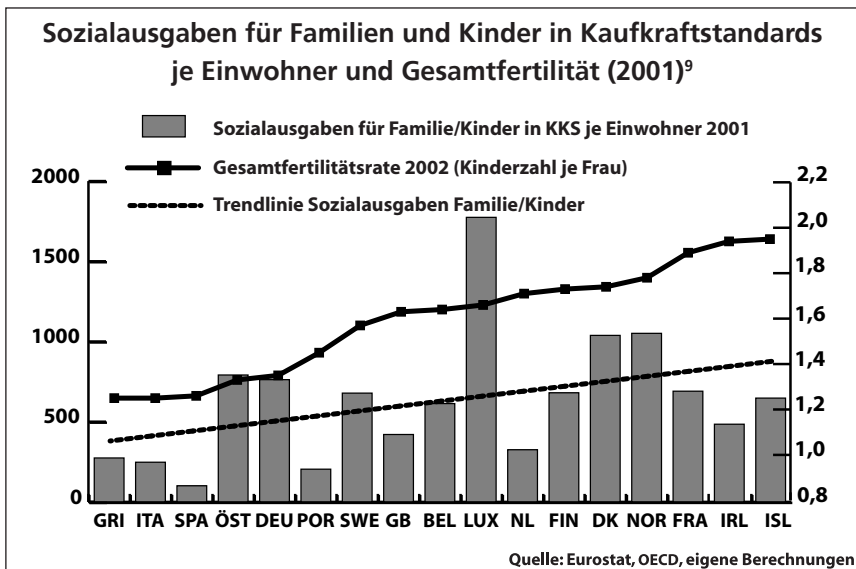


Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Der Grund für diesen zunächst verblüffenden Zusammenhang ist sicher nicht, dass instabile Beziehungen das Kinderkriegen begünstigen. Die Scheidungshäufigkeit ist vielmehr ein Indikator für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Wo Frauen die Möglichkeit haben, finanziell unabhängig von ihrem männlichen Partner zu existieren, steigt die Bedeutung der emotionalen gegenüber der juristisch fixierten und ökonomisch notwendigen Bindung. Dies trägt offenbar dazu bei, dass auch die Wahrscheinlichkeit, sich nach einer Eheschließung wieder zu trennen, steigt. Dies führt aber nicht zu geringeren Kinderzahlen. Denn in Gesellschaften, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt im Berufsleben stehen, können Frauen mit Kindern sicher sein, dass sie auch nach einer Trennung finanziell abgesichert leben können.

Dieser Zusammenhang lässt sich auch damit belegen, dass in Ländern mit einem höheren Anteil außerehelicher Geburten generell mehr Kinder zur Welt kommen. Der statistische Zusammenhang zwischen dem Anteil von Geburten außerhalb einer Ehe und der Kinderzahl je Frau ist sogar der deutlichste unter allen betrachteten Indikatoren.

⁸ Korrelationskoeffizient Anteil nicht ehelicher Geburten und Gesamtfertilität: 0,70



Kann der Staat die Kinderzahl seiner Bevölkerung beeinflussen?

Ja, aber Kindergeld allein macht keine Kinder

Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Mitteln, die Staaten für Kinder und Familien ausgeben und der Kinderzahl je Frau ist in Westeuropa relativ gering. Die Korrelation der Gesamtfertilität mit den Sozialausgaben für Familie und Kinder (0,36) ist bei allen in dieser Arbeit untersuchten Indikatoren am schwächsten. Dennoch: Wo der Staat mehr Geld für Kinder und Familie ausgibt, werden tendenziell mehr Kinder geboren. Die Gesellschaft kann also in Familienfreundlichkeit investieren – sie muss es aber an der richtigen Stelle tun.

Deutschland leistet das offensichtlich nicht. Die deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie gehören zu den höchsten Europas. Dennoch hat die Bundesrepublik vergleichsweise wenig Nachwuchs.

Frankreich gibt pro Kopf der Bevölkerung weniger Geld zur Förderung von Kindern und Familien aus als Deutschland und hat trotzdem die zweithöchste Geburtenrate Europas. Auch in Finnland und in den Niederlanden sind diese Ausgaben geringer als in Deutschland. Dort ist die demografische

⁹ Korrelationskoeffizient Sozialausgaben für Familie und Kinder/ Gesamtfertilität=0,36

Situation weit besser als hierzulande. Die Ursache liegt vermutlich darin, dass die familienbezogenen Sozialausgaben Deutschlands Anreize für Frauen setzen, sich bei Geburt eines Kindes ganz oder teilweise aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen und möglichst lange zu pausieren.

Fast drei Viertel der deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie (71%) fließen in reine Transferleistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld¹⁰. Deutschland zahlt, nach Luxemburg, das zweithöchste Kindergeld Europas. Franzosen hingegen erhalten Kindergeld überhaupt erst ab dem zweiten Kind. Gleichzeitig gehört die Erziehungszeit in Deutschland mit 36 Monaten zu den längsten des Kontinents. Das ist jene Zeitspanne, in der der Staat nach Geburt eines Kindes zusätzlich zum Kindergeld ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld zahlt, wenn ein Elternteil nicht voll arbeitet.

Gerade qualifizierte Frauen haben jedoch häufig gar kein Interesse daran, nach der Geburt ihres Kindes drei Jahre zu Hause zu bleiben. Schließlich wird nirgendwo in Europa das Modell »allein verdienender Familienvater und nichterwerbstätige Ehefrau« so stark steuerlich begünstigt wie durch das Ehegattensplitting in Deutschland. In Schweden, Finnland und Griechenland macht es überhaupt keinen steuerlichen Unterschied, ob man als Familienvater allein für das Einkommen sorgt.

Das Ehegattensplitting berechnet die Steuer des weniger verdienenden Ehepartners auf Basis des Gesamteinkommens beider Partner. Es setzt damit Anreize für den weniger verdienenden Partner, und das ist meist die Frau, sich ganz oder teilweise aus dem Berufsleben zurückzuziehen. Damit fördert das Ehegattensplitting die Abhängigkeit des geringer verdienenden Partners vom besser verdienenden. Und es benachteiligt massiv trauscheinlose Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder.

In einer modernen Gesellschaft sollten die Anreize anders gesetzt werden. Sinnvoll wäre es, den Rückzug aus dem Beruf nur für kurze Zeit zu subventionieren. Dafür sollte wesentlich mehr Geld in Dienstleistungen fließen, die eine Erwerbstätigkeit auch mit Kindern ermöglichen. Dazu zählen vor allem die Finanzierung von Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesmüttern oder Haushaltshilfen. Während Deutschland lediglich 29% seiner Sozialausgaben für Kinder und Familie in solche kinderfreundlichen Dienstleistungen investiert, sind es in Frankreich 45%, in Schweden 50% und in Dänemark sogar 59%. Schließlich sollten in den kinderarmen Ländern Anreize dafür gesetzt werden, dass ein Teil der Elternzeit vom männlichen Partner wahrgenommen

¹⁰ Bert Rürup, Sandra Gruescu (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung: 35

wird, wie das bereits in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland üblich ist (dort verfällt dieser Teil der Elternzeit sogar, wenn er nicht in Anspruch genommen wird).

Fazit

Der Rückgang der Geburtenraten auf niedrige Werte wie in Spanien, Griechenland oder Deutschland folgt keinem Naturgesetz. Er ist die Konsequenz einer gesellschaftlichen Entwicklung, bei der die Emanzipation der Frauen eine wichtige Rolle spielt. Der Rückgang ist dort am stärksten ausgeprägt, wo Frauen weitgehend emanzipiert sind, wo der Rest der Gesellschaft aber noch auf einem vergleichsweise traditionellen Entwicklungsstand verharret. Gesellschaften, in denen die neue Rolle der Frauen anerkannt und unterstützt wird, zeichnen sich hingegen durch relativ hohe Kinderzahlen aus.

Den Daten zufolge streben westeuropäische Frauen mehrheitlich nach eigener beruflicher Entwicklung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Unter diesen Bedingungen erscheint es logisch, dass ein Festhalten an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern die Kinderzahlen eher noch weiter sinken lassen würde. Und dass ein Zurück zu konservativen Familienwerten nicht zu höheren Kinderzahlen führen würde. Gesellschaften, die bspw. Kinder innerhalb der Ehe favorisieren, sei es durch sozialen oder ökonomischen Druck, sind zur Kinderarmut geradezu verurteilt.

Werte und Einstellungen junger Menschen zu Familie, Sexualität und Kindern weisen europaweit kaum relevante regionale Abweichungen auf.¹¹ Unterschiede in den Kinderzahlen müssen demnach im Wesentlichen von länderspezifischen Rahmenbedingungen bestimmt sein. Wirtschaftlich entwickelte Länder, die heute die niedrigsten Kinderzahlen in Europa aufweisen, wie Spanien, Griechenland und Italien, halten eher an der traditionellen Geschlechtertrennung fest, die einer veränderten Rolle der Frauen nicht gerecht werden kann.

Wenn aber Frauen (und ihre Partner) emanzipierter und »moderner« sind als die Gesellschaft, in der sie leben, passen Kinderwunsch und Lebensentwürfe nicht mehr zusammen. Diese Paare entscheiden sich immer häufiger gegen Kinder.

Die wichtigsten Maßnahmen auf dem Weg zu höheren Kinderzahlen und zu demografischer Nachhaltigkeit sind deshalb

¹¹ Bagavos Christos/ Martin, Claude (2000): Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. Synthesebericht. Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialsammlung Heft 10: 14

- die Gleichbehandlung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt;
- die Abschaffung von finanziellen Privilegien für die Institution Ehe, solange sie die Abhängigkeit der Partner voneinander fördern;
- die Sicherstellung einer Kinderbetreuung bereits ab dem ersten Lebensjahr.

Erst damit ließe sich der europaweit vorhandene Kinderwunsch potenzieller Eltern und die beruflichen Ansprüche der Menschen miteinander vereinbaren.

Sebastian Sass

Neuvola als Modell des aktivierenden Sozialstaates in Finnland

Sehr geehrter Herr Minister, Liebe Freunde und Kollegen,

die demografische Entwicklung stellt uns überall in Europa vor schwierige Herausforderungen. Es ist wichtig, dass wir Erfahrungen untereinander austauschen. Fertige Patentrezepte werden wir wohl kaum von woanders einfach übernehmen können. Aber um Anregungen und Vergleichspunkte zu bekommen, lohnt sich stets ein Blick über den eigenen Tellerrand. Das gilt natürlich auch für uns in Finnland. Daher freue ich mich auf die Diskussionen am heutigen Nachmittag. Ich werde Ihnen heute eine Einführung geben in die Betreuung von Schwangeren und Familien mit jungen Kindern in Finnland. Wir diskutieren aber nicht sozusagen im »luftleeren Raum« über Kinderbetreuung, sondern stellen das Thema in einen demografischen Bezug. Daher muss ich auch ein bisschen weiter ausholen. Ich glaube nicht, dass sich das finnische Modell isoliert betrachten und verstehen lässt.

Finnland und Mecklenburg-Vorpommern weisen trotz ihrer Unterschiedlichkeit einige interessante Ähnlichkeiten auf: Bei beiden handelt es sich um dünn besiedelte Flächenländer mit zahlreichen peripheren Gegenden und einer problematischen demografischen Prognose. In Finnland fallen die demografischen Eckdaten zwar deutlich besser als in MV aus. Dafür sind wir deutlich dünner besiedelt und unsere peripheren Regionen sind deutlich weiter abgelegen als die von MV. Beide Länder müssen sich der schwierigen gesellschaftspolitischen Herausforderung stellen, die aus dem Zusammentreffen von Wegzug und niedriger Geburtenrate resultiert.

Das finnische Modell der Kinder- und Familienbetreuung ist Teil unserer Antwort auf diese Herausforderung. Es trägt sicherlich wesentlich zu den guten Ergebnissen bei, die Finnland in verschiedenen internationalen Vergleichsstudien erzielt hat – von Volksgesundheit über Bildung (PISA) bis zu sozialer Kohäsion.

Nun ist das finnische Modell aber aus dem gesellschaftlichen Umfeld heraus geboren und mit der Gesellschaft gewachsen. Es handelt sich um ein Modell, das in seiner Grundform bereits kurz nach der Unabhängigkeit Finnlands im Jahre 1917 Jahren entstanden ist. In jener Zeit dachte natürlich noch nie-



Sebastian Sass, Referent für Internationales der Sozialdemokratischen Fraktion im Parlament Finnlands

mand daran, mit diesem Betreuungsmodell der demografischen Entwicklung entgegen zu wirken. Man war ohnehin schon genug damit beschäftigt, die vielen hungrigen Bäuche zu füttern. Es geht hier nicht um eine Einrichtung, die primär geschaffen wurde, um die Geburtenrate zu steigern. Indem das finnische Betreuungsmodell aus der gesellschaftlichen Entwicklung heraus geboren wurde, ist es nicht nur eine der Ursachen für die guten Resultate der finnischen Gesellschaftspolitik. Es ist gleichermaßen Ausdruck, ein Symptom derselben.

Wenn man nun anderswo ebensolche Ergebnisse erzielen möchte, so reicht es nicht, wenn man vereinzelte Elemente einfach übernimmt, ohne auf das gesellschaftliche Umfeld zu achten. Das gesellschaftliche Umfeld zu gestalten, ist die Aufgabe von Gesellschaftspolitik – Gesundheitspolitik, zu der wir unser Betreuungssystem in Finnland zählen, ist eben nur ein Teil davon.

»Was passiert, wenn nichts passiert?«

So steht es als Einleitungssatz in der Einladung zur heutigen Veranstaltung. Dieselbe Frage stellte sich auch Finnland, als in den 90er Jahren die Konjunktur einbrach. Die Exportmärkte waren plötzlich weggebrochen, Banken brachen zusammen, die Arbeitslosigkeit explodierte, die Staatsverschuldung nahm in Schwindel erregendem Tempo zu.

Selbst in dieser tatsächlich existenzbedrohenden Wirtschaftskrise Anfang bis Mitte der 90er Jahre wurde die umfassende Kinder- und Familienbetreuung nicht grundsätzlich infrage gestellt. Aufgabe eines klugen Sozialstaates muss es sein, aktivierend zu wirken. Diese Wirkung darf man nicht einfach wegsparen. Ohne die aktivierende Wirkung gewisser staatlicher Leistungen wären wir aus der Wirtschaftskrise sicherlich nicht so gut herausgekommen. Natürlich waren schmerzhaft Einsparungen auch bei uns damals fast überall völlig unumgänglich. Allerdings zählten z.B. Bildung sowie Kinder- und Familienbetreuung zu den wenigen Bereichen, bei denen recht sparsam gespart wurde. Bei der Kinder- und Familienbetreuung trennte man sich etwa von Hausbesuchen und verlängerte die Abstände der regelmäßigen Gesundheitskontrollen.

Wie funktioniert das finnische Betreuungsmodell?

Auf Finnisch trägt das Modell die Bezeichnung *neuvola*. Das lässt sich nur schwer direkt übersetzen, bedeutet aber ungefähr »Ort, an dem man Rat bekommt«. Ein Kollege von der SPD-Fraktion in Brandenburg hat auf Deutsch die Bezeichnung »Familienzentrum« vorgeschlagen. Er hatte letztes Jahr die Gelegenheit, sich auf einer Reise mit Ministerpräsident Platzeck vor Ort mit dem *neuvola* vertraut zu machen. Ich finde die Bezeichnung recht passend und werde sie fortan auch selbst benutzen.

Es handelt sich also um ein Betreuungszentrum, das im Regelfall im örtlichen Gesundheitszentrum untergebracht ist. Anders als in Deutschland gibt es in Finnland vergleichsweise wenige private Arztpraxen. Die öffentliche Gesundheitsversorgung findet zumeist in so genannten Gesundheitszentren statt, in denen mehrere Ärzte und so genannte Gesundheitspfleger praktizieren. Gesundheitspfleger sind eine Art Krankenpfleger, die aber auch einfachere medizinische Maßnahmen durchführen können, z.B. zur Früherkennung von Krankheiten oder Komplikationen in der Schwangerschaft. Die Bündelung von Ressourcen in Gesundheitszentren bietet natürlich gewaltige Kostenvorteile im Vergleich zu einem System mit zahlreichen einzelnen Arztpraxen mit jeweils eigenen Sprechstundenhilfen, eigenem Verwaltungsaufwand und jeweils eigenem medizinisch-technischem Gerät.

In diesen Gesundheitszentren ist das Familienzentrum also ebenfalls meist untergebracht. Das Familienzentrum bietet umfassende Beratung und Gesundheitsbetreuung zu allen Fragen, die mit Familienplanung und Familiengründung zu tun haben. Die Kommunen organisieren die Tätigkeit des Gesundheitszentrums nach gewissen Vorgaben jeweils selbst, das Familienzentrum bietet aber in jedem Fall Betreuung in den folgenden Bereichen an:

- Familienplanung und Schwangerschaftsverhütung
- Schwangerschaftsbetreuung
- Kinderbetreuung

Im Bereich Familienplanung wird Beratung zur Schwangerschaftsverhütung geboten. Frauen können sich im Familienzentrum bspw. die Verhütungspille verschreiben lassen und am selben Ort finden auch die medizinischen Vor- und Nachkontrollen statt.

Im Bereich Schwangerschaftsbetreuung kümmert sich das Familienzentrum um die Gesundheit der werdenden Mutter und des Kindes. Es bereitet die Mutter, den Vater und die ganze Familie auf die Geburt und die Pflege des neuen Familienmitglieds vor.

Im Bereich Kinderbetreuung begleitet das Familienzentrum die Entwicklung des Kindes und unterstützt die Eltern in allen diesbezüglichen Fragen. Mit der Einschulung wird die Betreuung fortgesetzt im Rahmen der schulischen Gesundheitsbetreuung, die zumeist ebenfalls vom Familienzentrum durchgeführt wird.

Schwangerschafts- und Kinderbetreuung

Die Bereiche Schwangerschaftsbetreuung und Kinderbetreuung haben besondere Aufmerksamkeit gerade auch in Deutschland bekommen. Deshalb möchte ich diese Leistungen ein bisschen genauer darstellen.

Sobald die Schwangerschaft festgestellt ist, meldet sich die werdende Mutter im örtlichen Familienzentrum an. Die Anmeldung vor Ablauf des vierten Schwangerschaftsmonats ist Voraussetzung dafür, dass die werdende Mutter Mutterschaftsgeld in Anspruch nehmen kann – eine finanzielle Unterstützung, die den Verdienstaufschlag ab dem 154. Tag der Schwangerschaft teilweise kompensiert und sich nach der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens richtet.

Bei rechtzeitiger Anmeldung erhält man außerdem das »Starter-Kit« für werdende Mütter: Babykleidung und Pflegezubehör, mehrere verschiedene Overalls, Strampelanzüge, Jacke, Mütze, Handschuhe, Socken, Hemden, Hosen, Handtücher, Hygienzubehör für die Mutter sowie zahlreiche Informationsunterlagen usw. Die Packung enthält auch Decken, Bettzeug und Schlafsack sowie eine Schaumstoffmatratze. Die Packung selbst ist dazu gedacht, in den ersten Monaten als Babybett zu fungieren. Diese Mutterschaftspackung kann per Internet eingesehen werden¹. Es gibt sie seit 1937 und sie wird seit 1949

¹ www.kela.fi/in/internet/suomi.nsf/NET/100502155308EH?openDocument



Inhalt des »Starter-Kits« für werdende Mütter

einkommensunabhängig allen werdenden Müttern gewährt. Möchte man die Packung separat erwerben, so hat sie derzeit einen Wert von knapp 275 €.

Diese materiellen Anreize führen dazu, dass sich fast 100% der werdenden Mütter im Familienzentrum anmelden, obwohl es keine Meldepflicht gibt. Das gibt dem Familienzentrum die Möglichkeit, die weitere Entwicklung der Schwangerschaft zu verfolgen und eventuellen Komplikationen vorzubeugen. Damit sind ausdrücklich auch seelische Komplikationen gemeint, um die sich die so genannten *neuvola*-Psychologen kümmern. Geburtsvorbereitungskurse und Beratung von Vätern werden ebenfalls angeboten.

Bis zur Geburt erhält die werdende Mutter 10-12 Termine bei einem Gesundheitspfleger sowie etwa drei Termine bei einem Arzt. Bei Bedarf finden natürlich weitere Besuche statt bzw. wird die Mutter an Fachärzte überwiesen. Die Gesundheitspfleger sind dazu ausgebildet, Komplikationen früh zu erkennen und konsultieren bei Bedarf einen Arzt. Es mag zunächst befremdlich werden, dass an Stelle von Ärzten die Gesundheitspfleger eine so zentrale Rolle einnehmen. Was aber die Gesundheit der werdenden Mütter und ihrer Kinder betrifft, stehen die Resultate des finnischen Modells im internationalen Vergleich sehr gut da.

Nach der Geburt wird die Entwicklung des Kindes vom Familienzentrum weiter begleitet. Im ersten Lebensjahr besuchen die Kinder durchschnittlich 10 Mal einen Arzt oder Gesundheitspfleger, im Spielalter etwa fünf Mal. Im

Familienzentrum werden die Impfungen des Kindes vorgenommen und die weitere Entwicklung verfolgt. Gelegentlich statten die Gesundheitspfleger auch Hausbesuche ab, um sich ein Bild von den Lebensverhältnissen der Kinder zu machen. Dabei stößt man oft auf die eigentlichen Ursachen der Probleme vieler Kinder, die in der Sprechstunde nur als physische oder psychische Symptome sichtbar sind. Alkoholismus in der Familie ist dabei ein bedauerlich verbreitetes Problem.

Insgesamt kommt die Familie zwischen Geburt und Einschulung eines Kindes etwa 15-20 Mal in Kontakt mit dem Familienzentrum. Das Familienzentrum zeichnet sich aus durch eine enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen, mit denen das Kind im Laufe des Aufwachsens zu tun hat – insbesondere Familie, Kindertagespflege und Schule. Bei Bedarf werden Psychologen, Sprach-, Physio- oder Ernährungstherapeuten konsultiert oder Sozialarbeiter herangezogen. Nach der Einschulung wird die Kinderbetreuung als schulische Gesundheitsbetreuung vom Familienzentrum fortgeführt.

Nach Richtlinien des finnischen Ministeriums für Soziales und Gesundheit sollten auf jeden Gesundheitspfleger maximal 340 Kinder unter sieben Jahren kommen, auf jeden Arzt maximal 2.400. Laut Ministerium hat die Kinderbetreuung durch das Familienzentrum zwei zentrale Zielsetzungen:

- die Steigerung des physischen und psychischen Wohlbefindens der Kinder sowie des Wohlergehens insbesondere von Familien, die besondere Unterstützung benötigen;
- Die Gesundheit der Familie und die Kapazität der Eltern, ihrer Verantwortung nachzukommen, ist in der nächsten Generation jeweils besser als in der Vorgängergeneration.

Ein großer Teil dieser Zielsetzungen scheint durch die Arbeit des Familienzentrums erreicht zu werden: So hat sich die Sterblichkeit von Kindern und Jugendlichen in den letzten 30 Jahren halbiert. Die Säuglingssterblichkeit zählt zudem zu den niedrigsten auf der ganzen Welt (3/1000 Lebendgeburten). Durch systematische Impfungen ist ein Großteil der Infektionskrankheiten verschwunden, die früher noch zu Tod oder Behinderungen geführt haben. Von diesen schweren Krankheiten sowie von Zahnkaries abgesehen ist die Krankheitsrate von Kindern jedoch seit den 1990er Jahren kaum mehr gesunken. Psychosoziale Störungen, Lernschwierigkeiten und Depression sowie Asthma, Allergien und Diabetes nehmen sogar zu. Jugendliche in Finnland konsumieren reichlich Alkohol und es gibt Zeichen, dass die Zahl übergewichtiger Kinder und Jugendlicher zunimmt. Allerdings kann durch frühere Erkennung schweren Erkrankungen besser vorgebeugt werden als früher.

Nun stellt sich natürlich die Frage nach den Kosten. Ist es nicht viel zu teuer, so umfassende Dienstleistungen der gesamten Bevölkerung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen? Nach den finnischen Erfahrungen ist es nicht zu teuer. Konkret kostet die Betreuung eines Kindes im finnischen Modell von der Geburt bis zur Einschulung zwischen 1.000 und 2.000 €. Die relativ niedrigen Kosten erklären sich teilweise dadurch, dass einerseits Gesundheitspfleger und nicht Ärzte einen großen Teil der gesundheitlichen Betreuung übernehmen. Andererseits bringt die Bündelung von Ressourcen in Gesundheitszentren erhebliche Effizienzvorteile gegenüber einzelnen Arztpraxen.

Neben reiner Effizienz gibt es aber auch noch andere Argumente: Man könnte sagen, dass so umfassende Leistungen für die gesamte Bevölkerung deshalb erschwinglich sind, eben weil sie der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehen und eben weil sie so umfassend sind. So erreichen wir bspw. durch unser Impfprogramm 95% aller Kinder. Die Vermeidung von späteren Erkrankungen und das Schwinden zahlreicher gefährlicher Infektionskrankheiten lässt teure Behandlungen und Medikamente überflüssig werden und bringt dadurch viele Kostenvorteile. Nach Berechnungen des Gesundheitsministeriums rechnet sich die Betreuung des Familienzentrums schon aufgrund der Kostenvermeidung durch das umfassende Impfprogramm.

Rechnerisch kaum zu erfassen sind die Kostenvorteile, die durch die Früherkennung von anderen Erkrankungen und seelischen Problemen erreicht werden. Selbstverständlich hat das Familienzentrum eine gewisse »soziale Kontrollwirkung«, wenngleich dies keinesfalls ausdrückliche Zielsetzung ist und es auch keine Meldepflicht im Familienzentrum gibt, sondern nur materielle Anreize. Ernsthafte Familienprobleme, Alkohol- oder Drogenmissbrauch usw. lassen sich eben nicht so gut verschweigen, wenn man in Regelabständen das Familienzentrum konsultiert. Andererseits fällt auch plötzliches Wegbleiben auf.

Beim Begriff der sozialen Kontrolle schwingt in Deutschland schnell die Angst vor staatlicher Gängelung mit. Vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen aus Kaiserreich, Nationalsozialismus und real existierendem Sozialismus ist das sicherlich verständlich. Im Gegensatz dazu hat der im Jahre 1917 als Republik gegründete finnische Staat seine eigenen Bürger nie unterdrückt, Unterdrückung hat nur von außen gedroht. Aus dieser historischen Erfahrung erklärt sich das deutlich höhere Vertrauen der Finnen in ihre staatlichen Institutionen. Staat und Gesellschaft stehen dem Bürger schließlich nicht als etwas Fremdes gegenüber, sondern als die Gemeinschaft, an der alle teilhaben.

Ohne dass es irgendwo ausdrücklich formuliert ist, wirkt hinter dem finnischen Betreuungsmodell ein »do-ut-des«-Gedanke, das heißt: »Ich (als Gesellschaft) gebe dir, damit du (als Mitglied der Gesellschaft) gibst«. Es geht hier also nicht primär um Einkommensumverteilung, sondern um gegenseitiges Geben und Nehmen. Das System wird von Wohlhabenden ebenso wie von weniger Wohlhabenden genutzt. Was den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft betrifft, führt es eben auch zu Entfremdung, wenn ein Teil der Gesellschaft staatliche Leistungen netto finanziert, ohne selbst daran teilzuhaben, während ein anderer Teil Leistungen in erster Linie empfängt, ohne netto die Finanzierung mitzutragen. Neben gerechter Umverteilung trägt eine gleichmäßige Teilhabe auch zur sozialen Kohäsion und zur Vermeidung von Entfremdung einzelner Gesellschaftsgruppen bei.

Eltern werden im finnischen Modell zu Verantwortungsbewusstsein angehalten, was der gesamten Gesellschaft nützt. Schließlich ist es im gesamtgesellschaftlichen und natürlich auch im volkswirtschaftlichen Interesse, dass die Kinder einen guten Einstieg in ihr Leben finden. Eine solide Grundlage in der Kindheit ist Voraussetzung für die erfolgreiche Integration in die Gesellschaft. Das Familienzentrum trägt dazu bei, soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Das erspart der Gesellschaft erhebliche Kosten – soziale Ausgrenzung ist nämlich keineswegs billig zu haben.

Wie zuvor erwähnt, nehmen trotz unserer Bemühungen und der umfassenden Betreuung psychosoziale Störungen, Lernschwierigkeiten und Depressionen bei Kindern und Jugendlichen in Finnland zu. Die Ursachen hierfür sind wohl mannigfaltig, man kann also kein Scheitern des finnischen Modells hineinlesen. Es hat wohl eher etwas mit dem Verschwinden traditioneller Familiennetze zu tun, in dessen Folge immer mehr Elternpaare und Alleinerziehende auf sich gestellt sind. Aber gerade hier ist eine umfassende Betreuung, wie sie das Familienzentrum bietet, wichtig. Nach meiner Einschätzung liegt die entscheidende Stärke des finnischen Modells in drei Punkten begründet:

- der systematischen Begleitung ab Beginn der Schwangerschaft;
- der Einbeziehung fast der gesamten Gesellschaft in die Familienbetreuung;
- der umfassenden Betreuungsleistungen.

Dieses systematische Zusammenwirken von Familie, Tagespflege, Schule, Ärzten, Gesundheitspflegern, Psychologen, Sprach-, Physio- und Ernährungstherapeuten, Sozialarbeitern usw. vermag ein Hausarzt allein nicht zu bieten – und auch nicht der Besuch noch so vieler voneinander unabhängiger Fachärzte und Therapeuten, solange eben das systematische Zusammenwirken fehlt.

Was die nachhaltige Finanzierbarkeit des Modells betrifft, verweise ich auf die Kosteneffizienz durch Ressourcenbündelung, die Ersetzung von Ärzten durch Gesundheitspfleger an vielen Punkten sowie insbesondere die vorbeugende Wirkung, die eine teure Nachsorge erspart.

Wenn wir das Ganze unter demografischen Gesichtspunkten betrachten, tritt folgender Aspekt in den Vordergrund:

- Die Gesellschaft altert, das können wir weder durch Einwanderung noch durch Familienpolitik gänzlich kompensieren.

Die Alterung hat zwei wichtige Folgen:

- Zum einen müssen immer weniger Menschen immer mehr mitversorgen. Wir müssen also die Beschäftigungsquote und die Produktivität steigern (FIN 66,4 bei 15-64 Jahren).
- Zum anderen müssen wir natürlich versuchen, die Geburtenrate zu steigern.

Was kann das Familienzentrum beitragen?

Leider gibt es bei uns sehr wenige Wirkungsanalysen und Erkenntnisse, was Kosten und Nutzen angeht bzw. die demografischen Auswirkungen des finnischen Modells. Jedenfalls ist das Familienzentrum Ausdruck einer Herangehensweise, die wir möglichst konsequent in allen Bereichen durchzusetzen versuchen: Staatliche Mittel werden genutzt, um in die Gesellschaft zu investieren.

Das Familienzentrum ist eine Investition in gesellschaftliche Stabilität und schließlich auch in deren Leistungsfähigkeit. Den Eltern werden viele Sorgen abgenommen. Im Zusammenspiel des Familienzentrums mit umfassender Kindertagespflege, Ganztagschule, Schulspeisung, Vater- und Mutterschaftsurlaub erhalten beide Elternteile die Möglichkeit, arbeitstätig zu sein.

Das steigert die Beschäftigungsquote, das Steueraufkommen und ist die beste Vorsorge, um im Trennungsfall sozialem Abstieg und Ausgrenzung des allein erziehenden Elternteils vorzubeugen. Aber wie gesagt, es geht um das koordinierte Zusammenspiel vieler Maßnahmen, nicht um ein Patentrezept. Was die Steigerung der Beschäftigungsquote betrifft, ist das Familienzentrum ein wichtiges Instrument im Konzert mit einer Vielzahl anderer Instrumente.

Was die Steigerung der Geburtenrate betrifft, wäre ich vorsichtig. Wahrscheinlich wirken sich die umfassende Betreuung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schon zugunsten der Familiengründung aus. Ich habe aber in

Finnland noch niemanden getroffen, der wegen der Familienbetreuung Kinder bekommen hat.

In seiner Zeit als Premierminister hat Paavo Lipponen es vorgemacht, dass Beruf und Familie vereinbar sind, indem er nach der Geburt seiner Tochter Vaterschaftsurlaub genommen hat. Dafür ist er von einer spanischen Frauenorganisation zur Frau des Jahre gekürt worden.

Vielleicht wirkt das Betreuungsmodell auch in die Richtung, dass man sich zu einem früheren Zeitpunkt in der Karriere traut, Kinder zu bekommen. Das könnte sich schon positiv auf die Geburtenrate auswirken. Was die demografischen Vorhersagen betrifft, steht es aber auch nicht gerade gut um uns in Finnland. Allerdings ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf jeden Fall ein Standortvorteil. Gerade in einem föderalen System, wo das Nachbarbundesland eine solche Betreuung nicht bietet, könnte Familienbetreuung sicherlich zugunsten des Zuzugs junger Familien wirken und dadurch die Demografie entlasten.

Mathias Brodkorb

Landesprogramm Zukunft für Kinder – Ein Diskussionsvorschlag

Die Beteiligung des Einzelnen an der Gesellschaft wurde im 20. Jahrhundert vor allem über die angemessene Teilhabe am Arbeitsmarkt entschieden. Der Sozialstaat klassischer Prägung erfüllte daher häufig lediglich eine nachsorgende Absicherungsfunktion im Bedarfsfall (z.B. durch Arbeitslosengeld, Krankengeld, Sozialhilfe etc.). Dieses Sozialstaatsmodell der Nachsorge gerät allerdings dann an Grenzen, wenn der Arbeitsmarkt nicht mehr nahezu alle Menschen problemlos integriert. Verändert der Sozialstaat dann nicht seine Strategien, droht eine schleichende Überforderung seiner Instrumente. Der Sozialstaat muss unter derart veränderten Bedingungen von einer Strategie der Nachsorge zu einer Strategie der Vorsorge umsteuern.

Der Staat ist, um dieses Ziel zu erreichen, darauf angewiesen, sich vom Sozialstaat der Alimentation hin zu einem Sozialstaat der sozialen Investition zu wandeln. Es kann langfristig nicht darum gehen, lediglich Geldbeträge an Bedürftige zu überweisen, denn dies allein beendet die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsschichten nicht. Im Gegensatz hierzu muss es vielmehr darum gehen, die Instrumente des Sozialstaates so auszurichten, dass sie mit langfristiger Perspektive einen wirksamen Beitrag leisten, dass die Einzelnen wieder an der Gesellschaft in ihrer ganzen Breite Teil haben können: »Wohlfahrtsstaatliche Ausgaben müssen auf europäischem statt auf amerikanischem Niveau bleiben, aber so weit wie möglich auf eine Investition in Humankapital umgestellt werden.« (Giddens 1999: 143) Gerade in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts wird daher unter einer langfristigen Perspektive eine gute Bildungspolitik die wirksamste Sozialpolitik sein.

Es ist und bleibt das Ziel des europäischen Sozialstaatsgedankens, für alle Menschen gleiche und gerechte Lebenschancen herbeizuführen. Um die Zustimmung zum Sozialstaat in der Bevölkerung langfristig zu festigen, ist es daher notwendig, dessen Leistungen nicht nur auf vermeintlich »Bedürftige« zu beschränken, sondern breite Schichten der Gesellschaft im Rahmen eines universalistischen Modells an seinen Leistungen partizipieren zu lassen (Esping-Andersen 1998: 44f). In vielen Bereichen sind die modernen Gesellschaften von diesem Ziel noch weit entfernt. Wird der Sozialstaat nach dem Leitbild der sozialen Investition bei universalistischer Orientierung umgebaut,

müssen alle Instrumente daraufhin untersucht werden, inwiefern sie langfristig tatsächlich einen Beitrag dazu leisten, die Lebenschancen der Menschen zu verbessern und anzugleichen. Hierzu sind die Schwachen auf die Solidarität der Starken angewiesen. Aber Solidarität ist keine Einbahnstraße: Wer Rechte in Anspruch nimmt, muss in einer solidarischen Gesellschaft auch bereit sein, damit verbundenen Pflichten gerecht zu werden. Nur so kann eine Gesellschaft entstehen, in der die Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

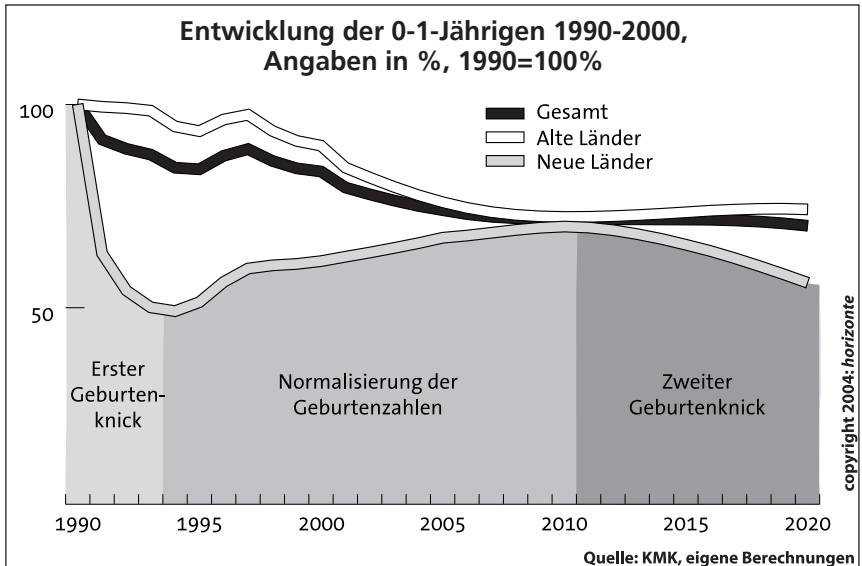


*Mathias Brodtkorb,
????*

Die Strategie der sozialen Investition muss, wenn sie zugleich unter dem Leitbild der gleichen und gerechten Lebenschancen für alle Menschen steht, bei der Kinder- und Familienpolitik beginnen. Bereits in den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen für die Entwicklung eines Menschen und seiner Lebenschancen gelegt. Was am Anfang versäumt wird, kann später nur noch schwer und unter hohen Kosten wieder aufgeholt werden.

Der zweite Geburtenknick

Die modernen Gesellschaften beruhen seit mehr als 200 Jahren auf dem Leitbild des Wachstums. Unterbrochen wurden diese Bestrebungen immer nur durch Kriege. Ostdeutschland erlebt durch den Geburtenknick nach der Wende allerdings heute und in den nächsten Jahren noch deutlich stärker eine Schrumpfung in Friedenszeiten: Noch in den 1960er Jahren gebar sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland jede Frau etwa 2,5 Kinder. Bis zum Jahr 1990 hatte sich dieser Wert im Westen auf 1,4 Geburten je Frau und im Osten auf 1,5 Geburten je Frau abgesenkt. Die Umbruchsprozesse in Ostdeutschland seit der Wende führten allerdings dazu, dass binnen weniger Jahre die Zahl der Geburten nochmals von 1,5 auf 0,8 je Frau einbrach, dann langsam wieder zu steigen begann und im Jahr 2000 einen Wert von 1,2 erreichte.



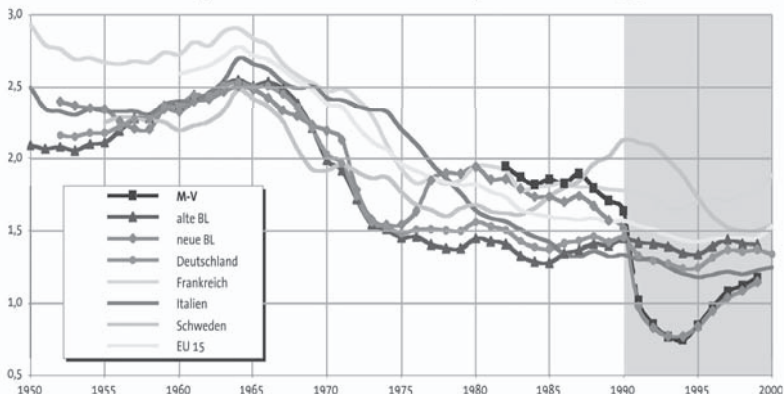
Dieser dramatische Geburtenrückgang ist für moderne Gesellschaften in dieser Form einmalig und unumkehrbar: Da die Mütter, die nach 1990 nicht geboren wurden, später auch keine Kinder bekommen können, droht ab 2010 sogar eine Wiederholung des Geburtenknickes auf nochmals abgesenktem Niveau. Bestenfalls ist durch eine aktive Zuwanderungspolitik sowie deutlich steigende Geburtenraten eine Stabilisierung der Bevölkerung auf abgesenktem Niveau nach 2010 denkbar.

Auch vor diesem Hintergrund ist es in den vergangenen Jahren verstärkt zu einer Renaissance bevölkerungspolitischer Diskussionen gekommen. Allerdings gilt es, sich in diesem Zusammenhang zweier Probleme bewusst zu sein:

- *Erstens* ist in der Wissenschaft umstritten, ob und inwiefern Politik nachhaltig Einfluss auf die Geburtenentwicklung nehmen kann. Hierzu ist allerdings anzumerken, dass Ostdeutschland und damit auch Mecklenburg-Vorpommern bereits sehr damit geholfen wäre, zwischen 2010-2020 einen kurz- bis mittelfristigen Effekt auf die Geburtenentwicklung zu erreichen, um den Geburtenknick nach der Wende annähernd auszugleichen. Dass solche kurz- bzw. mittelfristigen Effekte nicht unmöglich sind, zeigt die Entwicklung der Geburtenraten in Schweden zwischen 1985-1995 und der DDR zwischen 1975-1985. Jedoch muss darauf hingewiesen

Einbruch der Geburten in Ostdeutschland

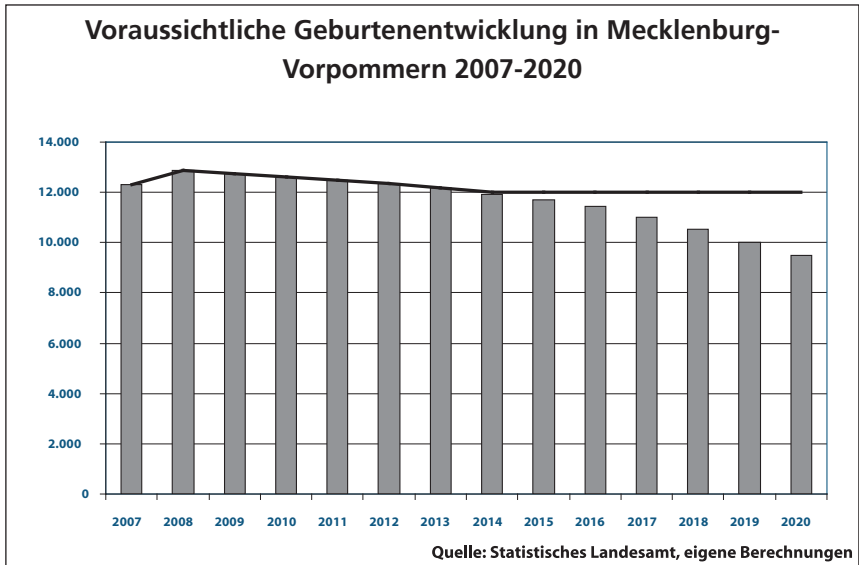
zusammengefasste Geburtenziffern im europäischen Raum 1950-2000



werden, dass die dortigen Entwicklungen auf tief greifende Veränderungen auf gesamtstaatlicher zurückzuführen sind, während sich Mecklenburg-Vorpommern sicher nicht völlig von bundesdeutschen Normen abkoppeln kann.

- *Zweitens* treten bei Fördermaßnahmen zugunsten von Familien erhebliche Mitnahmeeffekte auf. Auch ohne sie würde es in MV in den nächsten Jahren vermutlich zu 9.000-12.000 Geburten jährlich kommen. Der unmittelbare Wirkungsgrad politischer Maßnahmen auf eine erhöhte Anzahl der Geburten ist kaum prognostizierbar, aber eher gering als groß.

Angesichts dieser Unsicherheiten scheint es wenig zielführend, ein Geburtenförderprogramm aufzulegen. Ein positiver Effekt auf die Geburtenzahlen müsste daher eher eine glückliche Nebenfolge entsprechender politischer Maßnahmen als ein ausdrückliches Ziel sein. Auch zeigen die skandinavischen Staaten, dass hohe Geburtenraten weniger die Folge staatlicher Ehen- und Familienpolitik, sondern vielmehr eine Begleiterscheinung moderner Gleichstellungs- und emanzipativer Sozialpolitik sind. Internationale Studien haben hierbei gezeigt, dass insbesondere zwei Faktoren von wesentlicher Bedeutung sind: die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am Arbeitsmarkt einerseits sowie eine gute öffentliche Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung und



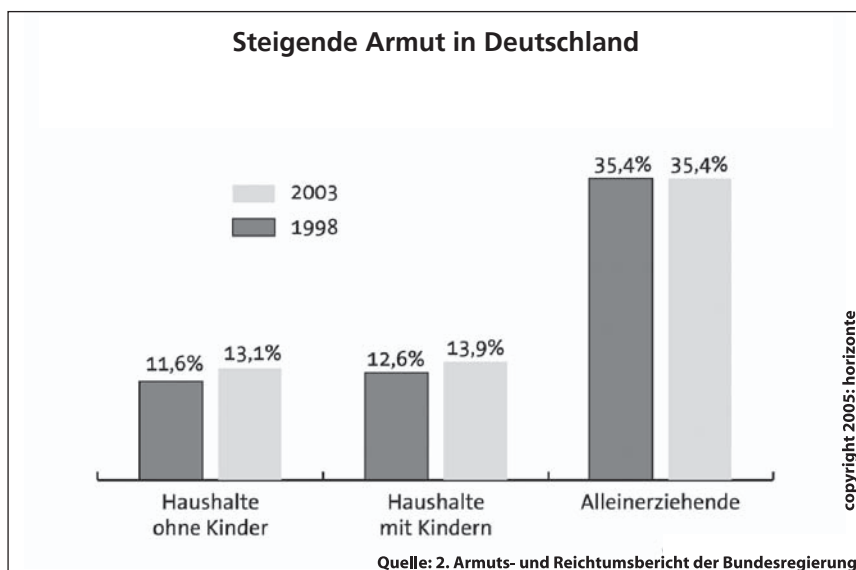
-erziehung andererseits (Kröhnert 2004). MV weist allerdings schon heute im europäischen Vergleich eine vorbildliche öffentliche Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung auf. Die Schaffung neuer und zusätzlicher Arbeitsplätze bleibt für die Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung, ist aber nur langfristig in einem kontinuierlichen Prozess zu erreichen. Auch deshalb ist eine simple Übertragung der Erfahrungen anderer (europäischer) Staaten auf die Verhältnisse in MV nicht möglich.

Herausforderungen der Kinder- und Familienpolitik

Neben der demografischen Problemlage im engeren Sinne zeigen sich auch in Mecklenburg-Vorpommern (wie in ganz Deutschland) erhebliche Defizite beim Aufwachen von Kindern und Jugendlichen. Für eine wirksame Unterstützung junger Menschen bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches kommt es vor allem auf die ersten Lebensjahre des Kindes, also insbesondere auf den Zeitraum von der Geburt bis zum Eintritt des Kindes in die Grundschule, an. Unter besonderer Berücksichtigung dieses Zeitraums können mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland folgende Probleme ausfindig gemacht werden:

1 Die Familie verliert unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse teilweise die Fähigkeit, ausreichend für die Kinder zu sorgen. Vor allem Kinder aus sozial schwachen Schichten haben eingeschränkte Lebenschancen. Die Autoren des elften Kinder- und Jugendberichtes kommen daher zu dem Ergebnis: »Die Bedingungen des Aufwachsens in dieser Gesellschaft verlangen ein verändertes Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung.« (QUELLE) Um dieser öffentlichen Verantwortung gerecht werden zu können, ist eine Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Staat nötig. Beide sollen zum Wohle des Kindes zusammen arbeiten. Für den Staat bedeutet dies nicht zuletzt, im Interesse der Kinder verstärkt auf infrastrukturelle Angebote der öffentlichen Hand anstatt auf direkte finanzielle Leistungen für Familien zu setzen.

2 Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat erneut deutlich gemacht, dass insbesondere Alleinerziehende und damit auch ihre Kinder überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Während die Armutsrisikoquote 2003 im Durchschnitt 13,5% betrug, lag sie bei den Alleinerziehenden bei 35,4%. Da mit der sozialen Lage aber auch die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen positiv oder negativ beeinflusst werden, sind hier dringend Veränderungen nötig. Kinder dürfen in Deutschland kein Armutsrisiko sein und nicht in Armut aufwachsen.



3. Auch die Gesundheitsfürsorge für Kinder in Mecklenburg-Vorpommern ist verbesserungsfähig. Hierbei kann insbesondere festgestellt werden, dass mit zunehmendem Alter die regelmäßige Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen rückläufig ist. Auch erhalten immer mehr Kinder kein warmes Mittagessen. Das ist ungesund und beeinträchtigt die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler. Da Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer 1 werden soll, muss damit bereits bei den Kleinsten damit begonnen werden.

Im Zentrum eines Landesprogramms »Zukunft für Kinder« sollten Maßnahmen stehen, die die Erziehungskompetenz der Eltern insbesondere während der ersten Lebensjahre ihrer Kinder erhöhen. Dies entspricht einerseits einer nachhaltigen Perspektive für die Kinder- und Familienpolitik und trägt andererseits der Tatsache Rechnung, dass die vorschulischen Angebote im Rahmen der derzeitigen rechtlichen Voraussetzungen freiwilligen Charakter tragen.

Mögliche Maßnahmen eines Landesprogramms »Zukunft für Kinder«

Einschlägige Studien zeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen staatlichen Einrichtungen der Kinderbetreuung in den ersten Lebensjahren und der Anzahl der Geburten besteht (Kröhnert/van Olst/Klingholz 2004: 6). Es scheint daher besonders wichtig zu sein, dass der Staat jungen Familien in den ersten Lebensjahren der Kinder durch umfassende Unterstützungsmaßnahmen zur Seite steht.

Allerdings wird Deutschland dieser grundlegenden Erkenntnis nicht gerecht. Während in Ostdeutschland mit einer Versorgungsquote an Ganztags-Krippenplätzen von 35-40% noch vergleichsweise gute Bedingungen herrschen, bestehen insbesondere in Westdeutschland mit einer Versorgungsquote an Ganztagsplätzen von nur 2% in diesem Zusammenhang erhebliche Defizite.

Aber auch die Verschränkung von öffentlicher und privater Verantwortung bei der Bildung und Erziehung der Kinder insbesondere im Alter von 0-3 Jahren kann in Ostdeutschland nicht als ausreichend angesehen werden. Denn umgekehrt bedeutet eine Versorgungsquote mit Ganztagsplätzen im Umfang von 35-40%, dass 60-65% der Kinder und Familien weitestgehend ohne professionelle pädagogische Begleitung auskommen müssen. Dies ist aufgrund der teilweise zunehmenden Probleme in den Familien sowie aufgrund des äußeren gesellschaftlichen Drucks infolge der Individualisierung und Pluralisierung von

Lebensstilen sowie der Flexibilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse infolge der Globalisierung nicht mehr zeitgemäß. Unsere Gesellschaft kann und darf es sich nicht leisten, auch nur auf einen Einzigen zu verzichten.

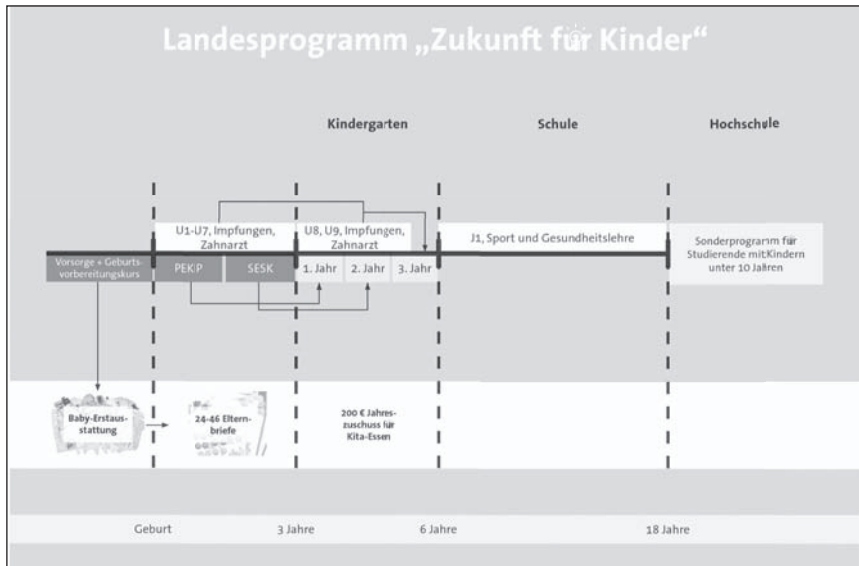
Die Sozialstaatsleistungen sollen sich dabei nicht in Geldleistungen erschöpfen. Es besteht nach dem Prinzip investiver Sozialpolitik vielmehr das Ziel, dass Eltern, Land und Kommunen eine Erziehungspartnerschaft begründen: Alle Beteiligten sollen präventiv ihre Verantwortung zum Wohle des Kindes wahrnehmen. Die Unterstützung junger Familien mit Kindern sollte daher an die Bedingung geknüpft werden, dass die Eltern gewisse Gegenleistungen erbringen, die dem Kind unmittelbar zugute kommen – wie regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen oder die Teilnahme an Familienbildungsmaßnahmen. Wichtige Anregungen für das Landesprogramm »Zukunft für Kinder« sind dem finnischen Modell »*neuvola*« entnommen, das in Finnland als eine der wesentlichen Bedingungen für die PISA-Erfolge gilt: »*Neuvola* wirkt über die frühkindliche Phase hinaus. Oft wird darauf hingewiesen, dass *neuvola* zu den wichtigsten Gründen für den finnischen PISA-Erfolg gehöre. Jedenfalls sind die Einschulungsfähigkeiten der finnischen Kinder im Vergleich zu anderen Staaten relativ hoch.« (Sass 2004: 27).

1. Kostenlose Babyerstaussstattung

Zur Herbeiführung einer neuen Qualität im Zusammenwirken von Staat und Eltern im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft wird als erste Maßnahme in Anlehnung an das finnische *neuvola* die Ausreichung einer kostenlosen Baby-Erstaussstattung im Wert von jeweils 125 € bzw. 175 € vorgeschlagen. Nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns soll die Erstaussstattung nur dann ausgereicht werden, wenn der regelmäßige Besuch von Vorsorge- und Geburtsvorbereitungskursen durch die Eltern nachgewiesen werden kann. Die Vorsorgeuntersuchungen und Geburtsvorbereitungskurse werden schon heute über Krankenkassen und Hebammen angeboten und verursachen für Land und Kommunen keine zusätzlichen Kosten.

Mit der kostenlosen Baby-Erstaussstattung werden vier Ziele verfolgt:

1. Es soll die Akzeptanz des Sozialstaates durch positive Wohlfahrtsstaatserfahrungen in allen gesellschaftlichen Schichten erhöht werden. Daher erfolgt keine Einschränkung der Leistungen auf »Bedürftige«. Dies reduziert zugleich den bürokratischen Aufwand bei der Ausreichung der Sozialleistung.



2. Da die Ausreichung der Baby-Erstausrüstung an Bedingungen geknüpft ist, wird zugleich ein positiver Effekt bei der Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind erreicht.
3. Die Baby-Erstausrüstung ist ein kleiner Beitrag, um Familien – insbesondere Alleinerziehende – finanziell besser zu stellen. Die Baby-Erstausrüstung sollte für Kinder in Lebensgemeinschaften und Ehen einen Wert von 125 € und bei Alleinerziehenden einen Wert von 175 € haben. Dies ist jedoch nur sinnvoll, wenn dieser Unterschied mit vertretbarem bürokratischem Aufwand berücksichtigt werden kann.
4. Die Baby-Erstausrüstung könnte von anerkannten Trägern der Familienbildung ausgereicht werden und würde so die Möglichkeit bieten, junge Eltern gerade in jener Phase mit Einrichtungen der Familienbildung in Kontakt zu bringen, in der sie für unterstützende Angebote am meisten sensibilisiert sind. Im Unterschied zu Finnland erscheint allerdings das Ausreichen von entsprechenden Gutscheinen o.Ä. als zielführender, da so Distributionskosten minimiert und individuelle Ansprüche bei der Ausgestaltung der Baby-Erstausrüstung besser berücksichtigt werden können.

Die Baby-Erstausrüstung könnte dabei aus zwei Teilen bestehen: Einerseits – wie in Finnland – aus Kleidung, Kosmetikartikeln etc. im Wert von 100 € bzw. 150 € sowie aus 24 Elternbriefen, die von der entsprechenden Familienbildungsstätte begleitend zur Entwicklung des Kindes in den ersten drei Lebensjahren an die Eltern verschickt werden (12 Elternbriefe im ersten Lebensjahre, jeweils sechs weitere in den beiden folgenden Lebensjahren). Die Elternbriefe sind eine niedrigschwellige Form der Familienbildung und stehen in konfessionell gebundener und säkularer Form zur Verfügung. Im Interesse einer hohen Akzeptanz bei den Eltern sollte eine entsprechende Wahlmöglichkeit unabhängig vom spezifischen Profil des jeweiligen Trägers bestehen. Für die Elternbriefe werden Kosten in Höhe von 25 € je Kind angesetzt. Die Baby-Erstausrüstung in dieser Form würde somit gewährleisten, dass junge Eltern regelmäßig zumindest mittelbar mit Angeboten der Familienbildung in Kontakt kommen.

2. Flächendeckendes Netz an Angeboten der Familienbildung

Ein befriedigender Fortschritt bei der Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern kann allerdings nur dann erreicht werden, wenn Eltern verstärkt an direkten Maßnahmen der Familienbildung teilnehmen. Hierzu ist die Schaffung eines bedarfsgerechten Netzes an Angeboten der Familienbildung in ganz Mecklenburg-Vorpommern sinnvoll. Hierbei könnte angestrebt werden, dass Eltern an zwei aufeinander aufbauenden Familienbildungskursen teilnehmen, während sich ihre Kinder im Alter von 0-3 Jahren befinden. Im ersten Lebensjahr des Kindes kämen bspw. das »Prager-Eltern-Kind-Programm« (PEKIP) und in den beiden folgenden Lebensjahren des Kindes Familienbildungskurse, die sich wie »Starke Eltern – Starke Kinder« (SESK) vermehrt um Erziehungsprobleme kümmern, in Frage. Zur Gewährleistung einer entsprechenden Angebotspluralität wären grundsätzlich auch andere Bildungsmaßnahmen denkbar.

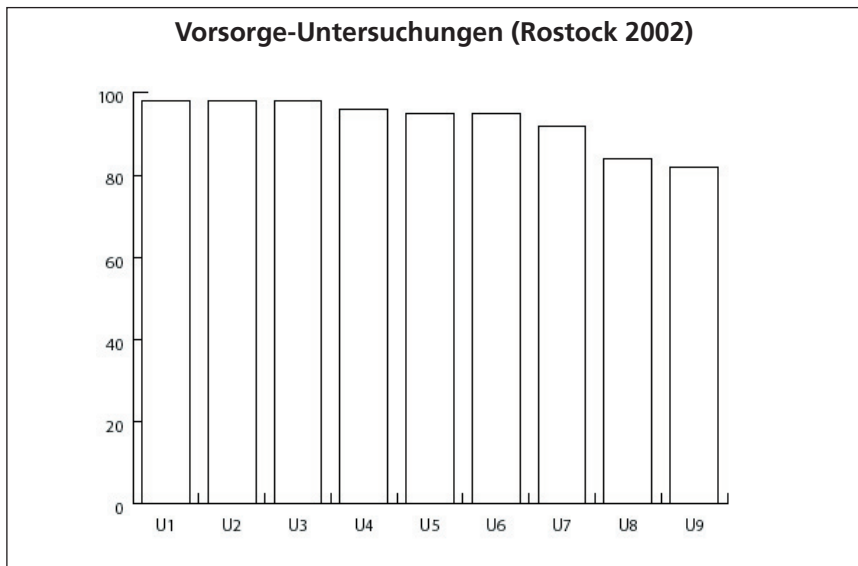
Um die Eltern zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen zu motivieren, wäre die Ausreichung eines Zuschusses für die Essensversorgung ihrer Kinder in der Kindertagesstätte zu diskutieren. So könnte für die Teilnahme an jedem der beiden Kurse für jeweils ein Jahr des Kita-Besuches des Kindes ein monatlicher Zuschuss in Höhe von durchschnittlich 20 € zur Essensversorgung gewährt werden. Legt man unter Berücksichtigung von Krankheit des Kindes sowie Urlaubszeiten der Kita einen zehnmonatigen Besuch des Kindes zugrunde, ergibt sich insgesamt ein Jahreszuschuss in Höhe von durchschnittlich

200 €. Auch in diesem Fall sollte durch die Familienbildungsstätte ein Gutschein ausgereicht werden, der bei der entsprechenden Kita einzulösen ist.

Schließlich könnte derselbe Zuschuss auch im dritten Jahr des Kita-Besuches gewährt werden, wenn die Eltern den Nachweis über die Vorsorgeuntersuchungen U1-U9 sowie vorgesehene Schutzimpfungen und den regelmäßigen Zahnarztbesuch ihrer Kinder erbringen.

Mit der Kombination des Besuches von Familienbildungskursen sowie des Nachweises über den Besuch entsprechender Vorsorgeuntersuchungen in Verbindung mit finanziellen Zuschüssen für die Essensversorgung der Kinder in der Kindertagesstätte werden vier Ziele verfolgt:

1. Es soll die Akzeptanz des Sozialstaates durch positive Wohlfahrtsstaatserfahrungen in allen gesellschaftlichen Schichten erhöht werden. Daher erfolgt keine Einschränkung der Leistungen auf »Bedürftige«. Dies reduziert zugleich den bürokratischen Aufwand bei der Ausreichung der Sozialleistung.
2. Da die Gewährung von Zuschüssen zur Essensversorgung an die Teilnahme der Eltern an Familienbildungskursen sowie an den Nachweis über die Absolvierung von Vorsorgeuntersuchungen etc. der Kinder geknüpft ist, wird ein positiver Effekt bei der Gesundheitsvorsorge für das Kind sowie eine Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern erreicht.



3. Die Zuschüsse für die Essensversorgung während des Besuches der Kindertagesstätte sind ein kleiner Beitrag, um Familien – insbesondere Alleinerziehende – finanziell besser zu stellen. Für Kinder von Alleinerziehenden sollte ein monatlicher Zuschuss in Höhe von 25 € und bei Kindern in Lebensgemeinschaften oder Ehen monatlich ein Zuschuss in Höhe von 15 € vorgesehen werden. Dies ist jedoch nur sinnvoll, wenn dieser Unterschied mit vertretbarem bürokratischem Aufwand berücksichtigt werden kann und nicht zu Missbrauch in erheblichem Umfang führt.
4. Die Zuschüsse für die Essensversorgung verringern die Kosten für den Besuch einer Kindertagesstätte und erhöhen daher die Attraktivität dieses für die Sozialisation der Kinder so wichtigen Angebotes. Die Verantwortung der öffentlichen Hand für die Erziehung und Betreuung der Kinder wird daher gesteigert. Zugleich erhalten die Träger der Kindertagesstätten eine höhere Sicherheit bei der Bewirtschaftung der Essensversorgung, da für tendenziell jedes Kind ein jährlicher Mindestbetrag an Einnahmen erzielt wird.

Perspektivisch zielt das Landesprogramm »Zukunft für Kinder« darauf ab, alle Eltern in Familienbildungskursen auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe besser vorzubereiten und ihnen insbesondere in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder zur Seite zu stehen. Es wird daher nötig sein, die derzeitigen Kapazitäten der Familienbildung auszubauen und so zu einem flächendeckenden Netz an Angeboten der Familienbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Hierbei müssen Land und Kommunen gezielt zusammen arbeiten, da die Kommunen schon heute zahlreiche Einrichtungen der Familienbildung finanzieren und hieran angeknüpft werden kann und muss. Sinnvollerweise sollte das Landesprogramm mit dem Prinzip der Kofinanzierung (hier 50%) arbeiten, um auf der kommunalen Ebene die Bereitschaft zur Finanzierung von Familienbildung zu unterstützen. Auch die Ansiedelung der Familienbildungskurse bei Kindertagesstätten käme hier in Frage und könnte eine sinnvolle Ergänzung der Elternarbeit sein.

Langfristig wäre es wünschenswert, wie in Finnland zur Bildung von Familienzentren zu kommen. Familienzentren sind Einrichtungen, die unter einem Dach möglichst alle Akteure versammeln, die sich mit dem Thema Kinder beschäftigen: Hebammen, Gynäkologen, Psychologen, Kinderärzte, Familienbildungsstätten, Kindertagesstätten, Träger der Kinder- und Jugendhilfe etc. Dies würde nicht nur die Zusammenarbeit dieser Akteure zum Wohle der

Kinder erleichtern, sondern außerdem vor allem für die Eltern einen echten Fortschritt bedeuten: Alle Einrichtungen und Personen, die sich im Bedarfsfall um das Kind kümmern, sind in einem Zentrum erreichbar. Dies dürfte durch die Verkürzung von Such- und Fahrzeiten sehr im Interesse der Eltern sein. Die Idee der Familienzentren weist im Grundsatz große Überschneidungen mit den Stadtteil- und Begeugungszentren (SBZ) der Hansestadt Rostock auf und könnte ggf. mit ihnen kombiniert werden. In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern muss allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass nicht überall die Einrichtung eines Familienzentrums möglich sein wird.

3. Einführung des Unterrichtsfaches „Sport und Gesundheitslehre“

Zur weiteren Förderung der Kindergesundheit sollte mittelfristig das Unterrichtsfach Sport zum Fach »Sport und Gesundheitslehre« weiterentwickelt werden. Dies darf allerdings nicht zu Lasten des eigentlichen Sportunterrichts geschehen, sondern ist wahrscheinlich nur durch eine Aufstockung des Unterrichts um eine weitere Stunde zu realisieren. Der Unterricht in Gesundheitslehre sollte dabei alle Aspekte eines gesunden Lebens – von der körperlichen Bewegung, über Umweltbildung bis zur gesunden Ernährung – beinhalten und könnte auch Probleme der Kindererziehung umfassen. Analog zu diesem Unterrichtsfach wäre dann allerdings auch die Ausbildung der Sportlehrer umzustellen auf eine Ausbildung zum »Sport- und Gesundheitslehrer«.

4. Sondermaßnahmen für studierende Mütter und Väter

Seit Jahrzehnten wird in Westdeutschland das Problem der »differenziellen Fertilität« diskutiert. Hierunter wird die Tatsache verstanden, dass die sozialen Schichten über sehr unterschiedliche Geburtenraten verfügen: Während insbesondere weniger gut gestellte soziale Schichten vergleichsweise hohe Geburtenraten aufweisen, bleiben AkademikerInnen häufig kinderlos. Auch nach 15 Jahren deutscher Einheit hat sich dieses Muster in Ostdeutschland bisher noch nicht eingestellt. Gerade ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern kann kein Interesse daran haben, dass AkademikerInnen auf die Erfüllung ihres Kinderwunsches verzichten. Durch geeignete Maßnahmen – wie z.B. Zuschüsse für Kinderbetreuung zur Ermöglichung des Besuchs von Lehrveranstaltungen – sollte daher die Vereinbarkeit von Studium und Kindern deutlich verbessert werden.

Umsetzung und Finanzierung

Die Umsetzung eines Programms „Zukunft für Kinder“ könnte nur schrittweise erfolgen und müsste mehrere Jahre umfassen. Im Folgenden wird daher davon ausgegangen, dass die konkrete Entwicklung und Implementierung des Landesprogramms in den Jahren 2007-2010 erfolgt. Mit der stufenweisen Umsetzung des Programms wird es auch erst spätestens 2010 voll finanzwirksam. Die folgenden, überschlägigen Rechnungen beziehen sich auf diesen vollen Betrag:

- *Baby-Erstausrüstung*: Unterstellt man jährlich etwa 12.000 Geburten, was insbesondere nach 2010 aufgrund des zweiten Geburtenknicks einer Überschätzung gleichkommen dürfte, ergeben sich bei durchschnittlichen Kosten für eine Baby-Erstausrüstung in Höhe von 150 € jährliche Kosten von 1,8 Mio. €.
- *Familienbildungskurs PEKIP*: Bei jährlich 12.000 Geburten und einer Kurslänge von 8 mal 2 Stunden sowie einer Teilnehmerzahl von durchschnittlich 10 Elternteilen je Kurs müssen jährlich etwa 1.200 Kurse absolviert werden. Bei 25 Kursen je Fachkraft und Jahr erfordert dies ein Beschäftigtenvolumen von 48 Stellen. Rechnet man mit Kosten von 45.000 € je Stelle sowie einem Verwaltungs- und Sachkostenanteil von 20%, ergibt dies jährliche Gesamtkosten von 2,6 Mio. €. Bei einer 50/50-Finanzierung durch Land und Kommunen, entstehen beim Land jährliche Kosten in Höhe von maximal 1,3 Mio. €.
- *Familienbildungskurs SESK*: Legt man für den Familienbildungskurs »Starke Eltern – Starke Kinder« dieselben Parameter zugrunde, ergeben sich ebenfalls Gesamtkosten von 2,6 Mio. € jährlich und somit ein Landesanteil von 1,3 Mio. €.

Für beide Familienbildungskurse wird vorausgesetzt, dass jährlich fünf Bildungszyklen möglich sind und je Bildungszyklus von einer Fachkraft maximal fünf Kurse mit durchschnittlich zehn Elternteilen abgehalten werden. Dies stellt im Hinblick auf eine sinnvolle pädagogische Arbeit die Höchstgrenze dar, lastet die Beschäftigten allerdings noch nicht voll aus, so dass ausreichend Zeit für allgemeine Verwaltungstätigkeit, Weiterbildung, Krankheit sowie für den Versand der Elternbriefe, das Ausreichen der Gutscheine für die Baby-Erstausrüstung sowie der Zuschüsse zur Essensversorgung bleibt. Von der Erhebung von Elternbeiträgen wurde abgesehen.

- *Zuschüsse für die Essensversorgung:* Bei einer Besucherquote von 100% und 12.000 Geburten jährlich befinden sich langfristig 36.000 Kinder jährlich in Kindertageseinrichtungen. Bei Kosten von durchschnittlich 200 € je Kind und Jahr ergibt dies einen maximalen jährlichen Zuschuss zur Essensversorgung von 7,2 Mio. €. Alternativ zur Subventionierung der Essensversorgung wäre natürlich auch eine analoge Absenkung der Elternbeiträge denkbar.

Im „laufenden Betrieb“ entstehen somit beim Landesprogramm »Zukunft für Kinder« ab 2010 bei einer eher unrealistischen Inanspruchnahme von 100% jährlich Kosten in Höhe von etwa 14,4 Mio. €. Hierbei entfallen auf das Land etwa 11,8 Mio. € und auf die kommunale Ebene 2,6 Mio. €, die voraussichtlich schon heute durch entsprechende Maßnahmen der Familienbildung aufgebracht werden. Die Kosten in den Jahren 2007-2009 hängen einerseits von der Gestaltung der einzelnen Stufen und andererseits von der Frage ab, ob für einen Übergangszeitraum auch Eltern berücksichtigt werden sollten, bei denen die Geburt des Kindes vor 2007 lag. Darüber hinaus wäre zu erwägen, in den Jahren 2007-2009 Geld in eine begleitende landesweite Öffentlichkeitskampagne zu investieren. Darüber hinaus müsste eine Einbindung des Landesprogramms in das Bildungsfreistellungsgesetz geprüft werden.

Finanziert werden könnte das Landesprogramm einerseits durch Umschichtungen im Sozialbereich – z.B. zu Lasten weniger effektiver Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienbildung oder nicht-investiver Sozialleistungen – und/oder durch den Abbau von zusätzlichen Stellen in der Landesverwaltung insbesondere nach 2009.

Der Katalog der hier vorgeschlagenen Maßnahmen ist dabei letztlich disponibel, und es mag außerdem strittig sein, ob er zur Erreichung der hier beschriebenen Ziele wirklich tauglich ist. Es geht aber gar nicht so sehr um die Vorschläge in ihrer konkreten Gestalt, sondern um den eigentlichen Kerngedanken: nämlich um die Koppelung öffentlicher Leistungen auch im Bereich der Kinder- und Familienpolitik an Gegenleistungen der Eltern, die im Rahmen einer investiven Sozialpolitik zugleich dem Wohle des Kindes dienen.

Kosten für das Landesprogramm »Zukunft für Kinder«

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
<i>Geburten</i>	12.308	12.861	12.732	12.606	12.500	12.354	12.169	11.934	11.718	11.423	11.028	10.513	9.991	9.493
<i>Geburtenziel</i>	12.308	12.861	12.732	12.606	12.500	12.354	12.169	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
<i>Baby-Erstausrüstung</i>	2,0 €	2,1 €	2,1 €	2,1 €	2,1 €	2,0 €	2,0 €	2,0 €	2,0 €	2,0 €	2,0 €	2,0 €	2,0 €	2,0 €
<i>PEKIP</i>														
<i>Kurse</i>	1.231	1.286	1.273	1.261	1.250	1.235	1.217	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
<i>Arbeitskräfte</i>	49	51	51	50	50	49	49	48	48	48	48	48	48	48
<i>Personal- und Sachkosten (Mio. €)</i>	2,7 €	2,8 €	2,8 €	2,8 €	2,7 €	2,7 €	2,7 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €
<i>SESK</i>														
<i>Kurse</i>	1.231	1.286	1.273	1.261	1.250	1.235	1.217	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
<i>Arbeitskräfte</i>	49	51	51	50	50	49	49	48	48	48	48	48	48	48
<i>Personal- und Sachkosten</i>	2,7 €	2,8 €	2,8 €	2,8 €	2,7 €	2,7 €	2,7 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €	2,6 €
<i>Zuschuss für Kitasesssen (Mio. €)</i>	7,4 €	7,7 €	7,7 €	7,6 €	7,5 €	7,4 €	7,3 €	7,2 €	7,2 €	7,2 €	7,2 €	7,2 €	7,2 €	7,2 €
<i>Gesamtkosten (Mio. €)</i>	14,7 €	15,4 €	15,2 €	15,1 €	15 €	14,8 €	14,6 €	14,4 €	14,4 €	14,4 €	14,4 €	14,4 €	14,4 €	14,4 €
<i>Kosten für das Land (Mio. €)</i>	12,1 €	12,6 €	12,5 €	12,4 €	12,3 €	12,1 €	11,9 €	11,8 €	11,8 €	11,8 €	11,8 €	11,8 €	11,8 €	11,8 €

Literatur:

Brodkorb, Mathias (2004): Demografiepolitik für MV, in: horizonte Nr. 9, S. 21-23

Bundesregierung (200?): Elfter Kinder- und Jugendbericht, Berlin

Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Welten des Wohlfahrtskapitalismus, Frankfurt am Main, S. 19-56

Giddens, Anthony (1999): Der Dritte Weg, Frankfurt am Main

Kröhnert, Steffen (2004): Emanzipation statt Kindergeld, horizonte Nr. 9, S. 19-20

Kröhnert, Steffen/van Olst, Nienke/Klingholz, Reiner (2004): Emanzipation oder Kindergeld?, Berlin 2004

Sass, Sebastian (2004): Aktivierender Sozialstaat in Finnland, in: horizonte Nr. 8, S. 26-27

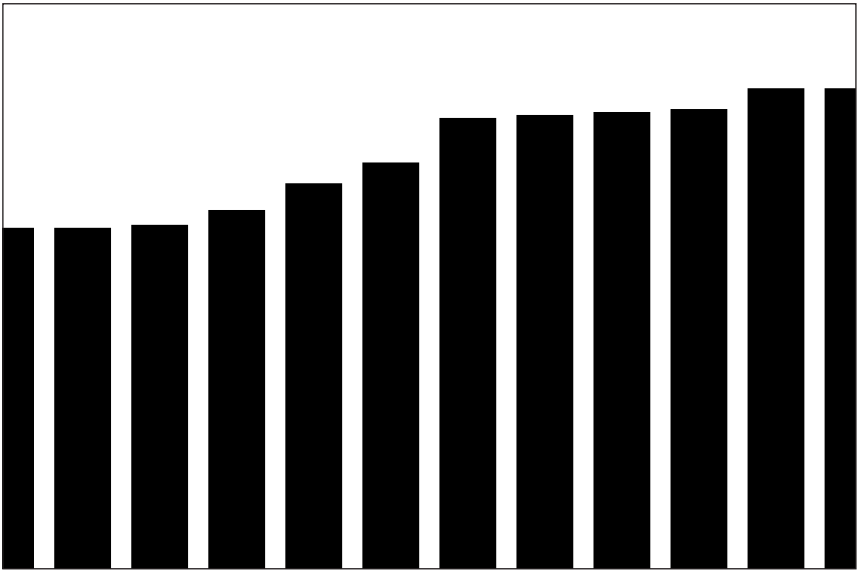
Erziehungsgeld – ein Schritt auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit und Gleichberechtigung

Erreichen wir durch ein Erziehungsgeld in Deutschland mehr Familienfreundlichkeit und Gleichberechtigung? Dient das Erziehungsgeld gleichsam als »Honorar« für die Familie und was bewirkt es dadurch?

Früher hätte das Begriffspaar »Familienfreundlichkeit« und »Gleichberechtigung« wohl eher als Gegensatz gegolten. Viele hatten die Vorstellung, nur Mütter, die den ganzen Tag zu Hause Ansprechpartnerinnen für ihre Kinder sein können, gestalten eine »richtige« Familienatmosphäre.

Nun gibt uns die Bevölkerungsentwicklung Anlass zur Sorge. Deutschland gehört innerhalb Europas zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate. Vor allem besser ausgebildete Frauen scheinen sich der »schönsten Aufgabe«, nämlich Kinder zu haben und zu erziehen, langfristig eher zu entziehen – insbesondere dann, wenn sie selbst eine gute Ausbildung absolviert haben, die auch andere »Früchte« tragen soll.

Wir brauchen in Deutschland also staatliche Rahmenbedingungen, die ein Leben mit Kindern positiv flankieren. Angesichts der allgemeinen und breit gefächerten Diskussion wurde bereits in der Presse provokant formuliert: Braucht Deutschland etwa eine »Babyprämie«? Das wurde mit Sicherheit falsch verstanden. Jedes Elternpaar muss sich eigenverantwortlich die Frage nach dem Kinderwunsch und seiner Realisierung stellen. Das »Ob« und »Wann« ist aber neben der grundsätzlichen Entscheidung auch von verschiedenen äußeren Bedingungen abhängig. Was kann z.B. der Staat tun, um jungen Menschen verlässliche Rahmenbedingungen zu geben, damit sie sich für Kinder entscheiden wollen und können?



Autorin

Soll er die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit fördern und beides nebeneinander ermöglichen oder soll er eher die Betreuung kleiner Kinder durch ihre Mütter (und Väter) zu Hause fördern – also Erwerbstätigkeit contra (?) Hausfrauendasein?

Partnerschaft bietet Frauen heute keine verlässliche ökonomische Absicherung mehr. Sie verfügen vielfach sogar über eine bessere Ausbildung als Männer. Frauen müssen und wollen also für ihre eigene Erwerbsbiographie sorgen. Männer wollen aber – noch (?) – nicht die Ausfallbürgen sein, die statt der Mütter Familienaufgaben wahrnehmen. Und tatsächlich zeigt das Verhalten in weiten Teilen der Gesellschaft, dass mit der Wahrnehmung von Familienaufgaben kaum Pluspunkte gesammelt werden können: gesellschaftliche Anerkennung – *dafür?* Bisher weitgehend Fehlanzeige!

Also wird der überwiegend vorhandene – glaubt man den Umfragen – Kinderwunsch hinausgeschoben. Zuerst wollen Frauen wie Männer einen ihrer Ausbildung entsprechenden Berufseinstieg erreichen, dann, wenn sie sich schon die ersten Meriten verdient haben, keinen Karriereknick riskieren, was gerade jetzt angesichts des schrumpfenden Arbeitsmarktes besondere Bedeutung erlangt. Und schließlich, wenn jedenfalls bei Frauen die »biologische Uhr« zu

ticken beginnt, ist dann der »richtige« Partner zur Stelle? Dafür kann der Staat natürlich nicht sorgen.

Für ein zufrieden stellendes Leben von Familien ist ein Bündel staatlicher Maßnahmen notwendig: Neben finanziellen Hilfestellungen und einer flexiblen Arbeitszeit, die Familienaufgaben genügend Platz lässt, ist eine gut ausgebaute Infrastruktur für Kinder unerlässlich. Denn nur durch solche zielgenauen Hilfen, zu denen ein gut funktionierendes Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen gehört, sind junge Familien in der Lage, ihr Leben mit Kindern verlässlich zu organisieren.

In Deutschland wurden mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) seit dem 1. Januar 2005 die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine ausreichende Betreuung von Kindern unter drei Jahren geschaffen. Hier ist also neben dem schon bestehenden Kindergarten-Rechtsanspruch auf den Besuch eines Kindergartens für die Kinder im Vorschulalter eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit für das Leben mit Kindern und gleichzeitiger Erwerbstätigkeit geschaffen worden.

Im Sinne einer allseits propagierten Wahlfreiheit, wie Familien ihr Leben mit Kindern gestalten wollen, ist auch eine finanzielle Hilfe wünschenswert. Eine familienpolitisch sinnvolle Geldleistung sollte Erwerbstätigen helfen, ihren Lebensstandard auch mit Kindern zu sichern; Nichterwerbstätige sollten dadurch in ihrer wirtschaftlichen Existenz gesichert werden.

Um die Hilfen für Familien handhabbarer zu gestalten, wäre eine zentrale Auskunftsstelle sinnvoll – wie auch die Abstimmung und Vergleichbarkeit der Hilfen untereinander.

Lassen Sie mich auf einige Umstände genauer eingehen: Ein Ausbau der Tagesbetreuung wurde in West-Deutschland lange nicht in angemessener Weise ermöglicht, weil viele von der »besseren« Betreuung kleiner Kinder in der Familie ausgingen, nämlich da, wo sich die Mutter als Hausfrau den ganzen Tag um die Kinder kümmern kann.

Angesichts dieser weit verbreiteten Meinung ist es interessant, was die Statistik uns lehrt: Die Geburtenrate ist nämlich gerade *nicht* in den Ländern höher, in denen die Frauenerwerbstätigkeit geringer ist – das Gegenteil ist der Fall. EU-weit hat Deutschland mit die höchste Kinderlosigkeitsrate bei unterdurchschnittlicher Frauenerwerbsquote; sogar weltweit gesehen gehören wir »in Sachen Kinderlosigkeit« leider zur Weltspitze. Das Problem ist wohl vor allem, dass die Familiengründungsphase vom Alter her mit dem Berufseinstieg zusammentrifft. Dies stellt Frauen mit Kinderwunsch oft vor kaum vereinbare Anforderungen.

Männer stellen noch häufiger als Frauen ihren Kinderwunsch zurück, Frauen folgen diesem Modell dann vermehrt, wenn sie selbst eine gute Ausbildung haben und nicht den alleinigen Part zu Hause übernehmen wollen, um den Männern das »Risiko Kind« in der Auswirkung vollständig abzunehmen.

Was machen z.B. Skandinavien oder Frankreich besser oder jedenfalls anders – und erreichen damit höhere Geburtenzahlen? Zumindest geben diese Länder nicht mehr Geld (pro Kopf) für Familien aus. Mehr Erfolg bei Lebensstandardsicherung, Vermeidung von Armut und Bildung junger Menschen haben sie dennoch.

Finanzielle Leistungen für Familien wie z.B. das Erziehungsgeld haben in der bisherigen Konstellation diesen gewünschten Erfolg in Deutschland nicht gebracht. Verfolgt man nämlich die Statistik der Geburten, haben wir 1964 mit 1.357.304 eine relativ hohe Zahl gehabt, zehn Jahre später (1974) nur noch 805.500, wieder zehn Jahre später (1984) kaum verändert (812.292).

Seit 1986 gibt es die Familienleistung Bundeserziehungsgeld. Tatsächlich ist die Geburtenzahl zunächst etwas höher (in den Folgejahren bis 1990 von 848.232/ 1986 auf 905.675/ 1990) steigend, um dann aber fast durchgehend abzufallen (Ausnahme: 1996/97 und 1998/99 auch noch etwas höher). Mit 715290 2003 bzw. 712000 für 2004 prognostiziert sind wir bei einem sehr niedrigen Stand angelangt.

Es ist klar, dass familienpolitische Transferleistungen künftig besser wirken sollen und müssen. Menschen mit Kindern dürfen gegenüber denen ohne Kinder nicht unverhältnismäßig benachteiligt sein. Das jetzt mögliche Erziehungsgeld in Höhe von bis zu 300€ für maximal zwei Jahre oder bis zu 450€ für längstens ein Jahr bietet jungen Familien – und offensichtlich insbesondere jungen Vätern – nicht genügend Anreiz, um für einen gewissen Zeitraum auf die Erwerbstätigkeit zu verzichten, um sich der Kindererziehung und -betreuung zu widmen. Väter mit einer häuslichen »Auszeit« sind mit 5% in Deutschland im Vergleich zu z.B. skandinavischen Quoten stark unterrepräsentiert.

Die rot-grüne Bundesregierung will sich ein Beispiel an dem vorbildhaften skandinavischen Weg nehmen und unser jetziges Erziehungsgeld etwa ab 2008 durch ein Elterngeld ablösen. Dies soll Lohnersatzfunktion haben – rund zwei Drittel des letzten Nettogehaltes mit einer Obergrenze – und auf das erste Lebensjahr des Kindes konzentriert werden. Allerdings soll die dreijährige Elternzeit, die den Arbeitsplatz durch einen Kündigungsschutz während dieser Zeit sichert, nicht verkürzt werden. Väter sollen sich vermehrt an der Kinderbetreuung und Erziehung beteiligen. Vor der Geburt des Kindes nicht Erwerbstätige sollen einen verlässlichen Sockelbetrag erhalten. Mit diesem

Vorhaben wäre der Lebensstandard der jungen Familie gesichert, was bei einer Umfrage 80% der Befragten als sehr wichtig erachteten.

Die Umsetzung dieses Vorhabens ist aber erst ab 2008 sinnvoll, da bis dahin der Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder in den westlichen Bundesländern vorrangig ist. Beides ist notwendig miteinander verknüpft und aufeinander abzustimmen. Das heißt auch: Sollte der Ausbau der Tagesbetreuung schneller in dem erforderlichen Maß vorankommen, könnte ein Elterngeld möglicherweise schon etwas früher eingeführt werden.

Bei der Schaffung der Infrastruktur ist die Abstimmung der Angebote aufeinander wichtig: Dem Ganztags-Krippenplatz kann nicht nur ein Halbtags-Kindergartenplatz folgen und auch die Schule muss für die junge Familie hinsichtlich des zeitlichen Tagesablaufs planbar sein. In Ostdeutschland liegen diese Voraussetzungen bereits vor, die aber auch bundesweit erforderlich sind.

Wie wir gesehen haben, zaubern monetäre Ansätze allein keine Kinder her. Aber es gibt noch andere potentielle Partner im Verbund zur Schaffung eines familienfreundlichen Klimas: die Arbeitgeber. Es geht um die Mitverantwortung der Wirtschaft: Familie darf für Mütter und auch für junge elternzeitberechtigte Väter kein Karrierehindernis sein. Arbeitsbedingungen müssen flexibel genug werden. Arbeitgeber sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass ein durch Kinder bereichertes Familienleben, das auch mit ihrer Hilfe zeitlich flexibel ermöglicht wird, zufriedene und folglich viel leistungsfähigere Arbeitnehmer »schafft«. So »rechnet« sich die Investition der Arbeitgeber in flexible Arbeitszeitprogramme, die allerdings auch auf die zeitlichen Familien-Bedürfnisse abgestellt sein müssen und nicht in erster Linie auf Arbeitgeberinteressen – nur dann kann die positive Wirkung zum Nutzen beider, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, erzielt werden.

Zu diesem Zweck ist auch eine »Allianz für die Familie«, die Spitzenverbände der Wirtschaft und Gewerkschaften an einen Tisch bringt, wichtig. Im Rahmen von »Lokalen Bündnissen« können unter anderem Wirtschaftsunternehmen durch familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu Standortvorteilen von Kommunen und Regionen beitragen. Sinnvoll wäre z.B. auch ein größeres Angebot an Teilzeitstellen, für die sich auch Männer interessieren können sollten, ohne ein abschätziges Lächeln ihrer Umwelt zu kassieren.

Wir sollten wirklich nicht darauf stolz sein, dass sich seit 1960 die Zahl der Personenkraftwagen vervierfacht hat, während die Anzahl der Kinderwagen um mehr als ein Viertel gesunken ist – es sollte uns eher nachdenklich wer-

den lassen. Erst wenn Väter und Mütter auf eine positive Resonanz bei Staat, Wirtschaft und in der Gesellschaft treffen, die gemeinsam für gute Rahmenbedingungen für Kinder sorgen, kann das den Bewusstseinswandel anstoßen, den man nicht per Rechtssatz von oben verordnen kann.



Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstr. 8 (Haus der Kultur)
19053 Schwerin
Tel.: 0385/512596
FAX: 0385/512595
<http://www.fes.de/schwerin>